

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marchwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Helbig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 981.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pf. In der Expedition und den Buchhandlungen überlagert. Band in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1,70 Mk., 2 Exemplar 2,90 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen überlagert. 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 zgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Interaktionsgebühr die sechsgehaltene Zeitzeile 15 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7889

Nr. 133.

Magdeburg, Mittwoch, den 11. Juni 1902.

13. Jahrgang.

Das neue französische Ministerium.

Es ist auf Grund der letzten Erfahrungen nicht gerade ratsam, dem neuen Ministerium Combes über seine Lebensdauer irgend etwas zu prophezeien. Man entsinnt sich noch, wie sehr alle Voraussetzungen beim Antritt des Ministeriums Waldeck-Rousseau durch die Folgezeit über den Haufen geworfen wurden. Angeblich sollte dies Ministerium nicht einige Wochen, jedenfalls nicht einige Monate alt werden. Wer damals behauptet hätte, das Ministerium Waldeck-Rousseau würde den Record in Bezug auf die Länge der Amtsdauer aller bisherigen französischen Ministerien schlagen, den hätte man allseitig als Schwachkopf oder Trübsinnigen bezeichnet.

Natürlich können es auch jetzt wieder politische Propheten nicht unterlassen, dem Ministerium Combes seine Lebensdauer ganz genau vorauszusagen. Ueber einige Monate, so meinen die meisten, komme es nicht hinaus, höchstens werde es sich in der politisch toten Zeit des Hochsommers halten; dagegen werde es den Herbststürmen in der Kammer nicht gewachsen sein. Wir verzichten darauf, uns an dieser geistreichen Gedankenarbeit zu beteiligen. Sie erinnert zu sehr an die Tätigkeit gewisser Frauen, die aus dem Kaffeesaß die Zukunft vorherzagen.

Soviel steht jedenfalls fest: Das neue Ministerium ist einheitlicher wie das vorige und es entspricht auch besser den Machtverhältnissen der Parteien in der Kammer. Freilich ist die Sozialdemokratie diesmal nicht am Ministerium beteiligt. Nach den heftigen Kämpfen, die die Ministerkammer Millierands bewirkt hatte, war diese Abstinenz notwendig geworden. Hoffentlich trägt sie aber auch zur Gesundung der zerrissenen Parteienverhältnisse der französischen Sozialdemokratie bei. Auf der einen Seite fehlt, so fehlen auf der anderen Seite auch verschiedene Namen, die bisher nur der „Konzentration“, des lieben Friedens wegen, dem Ministerium angehörten, unsichere Kantontisten, die mehr aus Zwang als aus Ueberzeugung die republikanisch-radikale Politik Waldeck-Rousseaus mitmachten. Nur Delcassé, der auch zu diesen gehört, ist als Minister des Aeußeren auch in das neue Ministerium mit übernommen worden; seine Uebernahme war eine Konzession an den Jaren.

Eine in mancher Beziehung recht zweifelhafte Persönlichkeit ist auch der neue Finanzminister Roubier. Eine Eigenschaft freilich wird ihm weder von Freund noch Feind bestritten: er ist einer der gewiegtesten Finanzmänner Frankreichs, weshalb er denn auch schon zum sechsten Male Finanzminister geworden ist. Man erhofft von ihm eine Ordnung der zerrütteten Finanzen Frankreichs, die Börse beantwortete seine Ernennung sofort mit einer Hauffe. Aber Roubier ist nicht ganz einwandfrei. Er ist kompromittiert worden durch den Panamafschwindel, so daß er seit 1892 in der Politik nicht mehr hervorgetreten ist. Zwar ist ihm persönlich keine Unredlichkeit nachgewiesen worden, aber er ist auch nicht tabellos aus der Affaire hervorgegangen. Dazu kommt, daß Roubier kein Radikaler aus Ueberzeugung ist und daß er deshalb auch verschiedene wichtige Programmpunkte der Radikalen nicht mit unterschreibt. So hat er die progressive Einkommensteuer und die Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht acceptiert.

Es ist wahrscheinlich, daß aus diesen Unklarheiten die ersten inneren Schwierigkeiten des neuen Ministeriums entstehen werden. Denn neben den zweifelhaften Elementen wie Delcassé und Roubier enthält das Ministerium auch sehr entschiedene und überzeugungstreue Vertreter des Radikalismus. Da ist zunächst Pelletan, der Marineminister, einer der schneidigsten Redner und ein fleißiger Arbeiter. Er hatte vor Jahren zum ersten Male fertig gebracht, sich in dem scheinbar unentwirrbaren Marinebudget zurechtzufinden und seine Entdeckungen und scharfen Kritiken flüßten den „Eöhnen der Erzbischofe“, wie die Allmächtigen Günstlinge des Marineministeriums hießen, einen Heidenerschrecken ein. Pelletan wird unter den zahlreichen Signaturen seines Departements gewaltig ansträumen.

Nicht minder interessant ist der neue Justizminister Fallé, der vor 10 Jahren als Berichterstatter der Panama-Enquete zuerst die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat. Er hat damals auch Roubier bezichtigt, Gelber angenommen zu haben, um so interessanter ist, daß er jetzt mit Roubier zusammen arbeiten muß. Ihm wird besonders obliegen, die Humbertaffaire zu einem entschiedenen und rückwärtslosen Abschluß zu bringen.

Erfreulicherweise ist General André, ein ehrlicher Demokrat und Republikaner, wieder Kriegsminister geworden. Die übrigen Minister sind bisher zu wenig hervorgetreten, als daß sich ein genaueres Eingehen auf sie verlohnte.

Die Taktik der sozialistischen Kammerfraktion, die freilich wohl in mindestens zwei Gruppen gespalten bleiben wird, hat faures unlängst bei einem großen Bankett zur Feier des Wahlsieges ungefähr folgendermaßen in ihren Grundzügen dargestellt:

„Die Bewegung des Proletariats darf sich nicht auf die parlamentarische Tätigkeit beschränken; ohne die starke Stütze der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter wären und vermüchteten die Gewählten nichts. Das Parlament muß dem Proletariat offen stehen, nicht, damit es alle die unwürdigen Intriguen mitmacht, die sich da abspielen, sondern damit es seinen Einfluß auf die gewählten Vertreter des Volkes ausübe. Die Zeit der zweideutigen Resolutionen, der Intriguen und Verschleppung ist nun vorüber: das Volk will Taten sehen. Es hat die reaktionären Elemente entschieden zurückgewiesen, jetzt muß positive Arbeit in seinem Interesse geleistet werden. Die Gewählten müssen Stein auf Stein türmen und so den Bau der sozialen Reformen fördern. Das Haus der sozialen Gerechtigkeit, der politischen Freiheit ist es, das wir zu erbauen haben.“

Die Sozialisten, die allerdings nur über etwa 47 Stimmen in der Kammer verfügen, verlangen eine sofortige Reformarbeit. Die Verantwortlichkeit für die Regierung fällt den Radikalen und den Radikal-Sozialisten zu, und es handelt sich jetzt darum, unsere Stellung zu diesen Elementen zu präzisieren. Es wäre sehr bequem, uns auf den Standpunkt der unbedingten Negation zurückzuziehen. Wir würden aber damit einen doppelten Fehler machen: einmal würden wir das Proletariat der schon jetzt möglichen Reformen berauben und sodann würden wir uns des erzieherischen Einflusses auf eine vorwärtsschreitende Demokratie entschlagen. Diesen Einfluß wollen wir aber ausnützen, damit einmal die reformerische Tätigkeit und Fähigkeit, die etwa in der radikalen Partei steckt, ausgenützt wird; oder damit sie klipp und klar als eine Partei der Unfruchtbarkeit und Impotenz gekennzeichnet wird. Die Zweideutigkeiten werden wir den Herrschenden schon austreiben.

Wenn die Regierung das Unterrichtswesen in wirklich freiheitlichem Sinne ausbauen will, wenn sie soziale Reformen schaffen, den Militärdienst verkürzen, mit den zweifelhaften Elementen in der Generalität kurzen Prozeß machen, die Armee demokratisieren will, dann werden wir sie unterstützen. Das Proletariat ist der Erbe aller Reformen, die unter der Herrschaft der Bourgeoisie durchgeführt werden können; jede Reform bringt es seinem Endziel einen Schritt näher. Wenn sich die Regierung aber in allerhand Intriguen verliert, dann wird die sozialistische Partei als die einzige thätigkeitsfähige Partei des Fortschritts dastehen und alle die Kräfte um sich scharen, die jetzt von der stupiden Phrase des Nationalismus „dumm“ gemacht worden sind.

Aber, wie gesagt, die parlamentarische Tätigkeit erschöpft die proletarische Bewegung nicht. In drei Punkten unterscheidet sich der Sozialismus immer von allen anderen politischen Bewegungen: er ist zunächst die Organisation des Proletariats, die die Wiedergeburt der Menschheit herbeiführen wird. Das Proletariat strebt ferner den Gemeindefriede an den Produktionsmitteln an; und es ist endlich die Verkörperung des Gedankens des Weltfriedens im Gegensatz zu dem völkerverderblichen Militarismus, der heute die Länder Europas verunstaltet.“

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 10. Juni 1902.

Der Kampf um den Zucker.

Bg. Berlin, 9. Juni. Der Reichstag begann am Montag mit der zweiten Beratung der Brüsseler Konvention und des Zuckersteuergesetzes. Das Haus war gut besetzt und auch die Regierung war mit dem Grafen Bülow an der Spitze fast vollständig vertreten. Ueber die Brüsseler Konvention kam man nicht hinaus. Es entfaltete sich über ihren ersten Artikel eine lange Unterhaltung, die durchaus den Charakter einer Generaldebatte annahm. Die Rechte trat, von ihrem Hospitanten von Malgahn-Gülz abgesehen, in ihren Rednern Graf Kanitz, v. Limburg-Stürum, Rösicke-Kaiserslautern und Dr. Hahn entschieden gegen die Konvention auf.

Die Haltung des Centrums war wie immer unklar. Aus den gemündeten Erklärungen des Abg. Müller-Fulda war zu entnehmen, daß die Mehrheit seiner Fraktion die Zustimmung zu der Konvention abhängig machen will von der Gestaltung des Zuckersteuergesetzes. Für die Zuckerindustriellen soll möglichst viel herausgeschlagen, einem neuen Kartell durch die Kontingentierung der Weg geobnet und die Saccharin-Industrie erwürgt werden. Unter diesen Bedingungen ist das Centrum für die Konvention zu haben.

Während der freisinnige Abgeordnete Dr. Wiemer sich und seine Partei der Regierung bedingungslos für die Durchsetzung der Brüsseler Konvention zur Verfügung stellte und wie schon in der Kommission sich bereit fand, auch die Verbrauchsabgabe für Zucker nicht abzuschaffen, sondern noch höher als die Kommission beschlossen hat, mit 14 Mark aufrecht zu erhalten, bekämpfte Genosse Bernstein im Namen unserer Partei in einer Jungfernrede, die in ihrer sachlichen Ruhe Eindruck machte, die Kommissionsbeschlüsse. Wir halten unseren prinzipiellen Antrag auf gänzliche Beseitigung der Verbrauchsabgaben auf Zucker aufrecht, ebenso wie wir die Beseitigung des Ueberzolls fordern und entschiedene Gegner der Kontingentierung sind. In einer progressiven Einkommensteuer sehen wir das einzige Mittel, die Finanznot des Reiches dauernd zu beseitigen.

Im Verlauf der Sitzung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Grafen Posadowsky und der Rechten. Unter dem Beifall der Linken und dem Murren der Agrarier erklärte der Staatssekretär, daß die Rechte die Regierung in den Augen des Auslandes diskreditiere, wenn sie ihr beständige Schwäche und Ungeschicklichkeit in der internationalen Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen vorwerfe.

Bei der Abstimmung über die Brüsseler Konvention stellte es sich heraus, daß eine starke Dreiviertel-Majorität für sie vorhanden ist. Die entscheidende Frage ist nur, ob diese Mehrheit sich auch schließlich zusammenfinden wird, wenn es etwa gelingen sollte, im Zuckersteuergesetz die Kontingentierung zu beseitigen. Deshalb wird erst die Abstimmung über die Zuckersteuer, die voraussichtlich morgen stattfinden wird, entscheidend sein. —

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 9. Juni. Im Abgeordnetenhaus wurde am Montag nach Verabschiedung der Berggesetznovelle die Resolution, welche die für den Antrag Antrim auf Neuorganisation der Generalkommission eingesetzte Kommission beantragt hatte, angenommen. Die Resolution verlangt von der Regierung baldmöglichst einen Gesetzentwurf, der die im Hause in Bezug auf die Organisation der Generalkommission hervorgetretenen Anschauungen gebührend berücksichtigt. Es handelt sich dabei insbesondere um eine größere Zentralisation, um die Mitwirkung landwirtschaftlicher und technischer Sachverständiger, sowie einen engeren Anschluß an die allgemeine Landesverwaltung.

Abgelehnt wurde ein Antrag Werner (Antij.), welcher auf Besserstellung der aus dem Supernumerariat hervorgegangenen Beamten des Eisenbahnenverwaltungsdienstes abzielte. Außerdem wurden eine Menge Petitionen verhandelt, meist von Eisenbahnbeamten, die eine Besserung ihrer Gehaltsverhältnisse erstreben. Während die Budgetkommission fast überall Uebergang zur Tagesordnung empfohlen hatte, gelang es Mitgliedern aus dem Hause, einzelne dieser Petitionen der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Ueber die Petitionen aus den Berliner Vororten, welche sich gegen die baupolizeilichen Vorschriften über die landhausmäßige Bebauung richteten, kam es noch nicht zur Abstimmung. Ein von Mitgliedern fast aller Parteien unterstützter Antrag, der der Regierung nahelegt, eine neue Prüfung darüber zu veranstalten, ob die Vorschriften über die landhausmäßige Bebauung nicht eingeschränkt werden könnten, wurde vom Abg. Förster lebhaft befürwortet, von einem Regierungskommissar aber bekämpft. Die Debatte soll an einem der nächsten Tage fortgesetzt werden. Dienstag steht die lex Adices auf der Tagesordnung.

„Was die Dachspatzen pfeifen.“

Unter dieser Ueberschrift erzählt die „Köln. Volksztg.“ über die Vorgeschichte zu der energischen Haltung Bülow gegenüber der konservativen Zollinterpellation: „Drei Tage vor der Verhandlung habe das Staatsministerium beschlossen, den Interpellanten eine entgegenkommende Antwort zu erteilen. Darauf habe Graf Bülow dem Kaiser darüber Vortrag gehalten, und dieser habe erwidert: „Nein, das wird anders gemacht“, und dem Kanzler befohlen, in scharfer Weise jede Antwort abzulehnen. Nun möchten wir die Offiziösen bitten, über diese Besart sich auszusprechen. Wäre sie zutreffend, so würde daraus hervorgehen, daß der Kanzler lediglich die „verantwortlich zeichnende“ Redakteur der deutschen Politik sei. Das scheint auch die „Wolff. Ztg.“ zu glauben, indem sie in Nr. 263 erzählt, der Kaiser habe „dem Kanzler gestattet, einen Versuch mit dem Zolltarifentwurf zu machen.“ Auch dies wird in politischen Kreisen vielfach erzählt und hinzugefügt, wenn der 5-Markzoll nicht durchgehe, solle es endgültig bei dem 3 1/2-Markzoll bleiben. Das sind doch verworrene Verhältnisse. Graf

Willow hat es kürzlich als geradezu grotesk bezeichnet, wenn man die deutschen Zustände trostlos nenne. Um das deutsche Reich ist uns allerdings nicht bange, und dessen Zustände trostlos zu nennen, fällt auch wohl niemand ein. Etwas anderes ist es aber mit den Zuständen in der Regierung und dem Sitzakurse. Die Methode, nach welcher heute regiert wird, ist doch eher alles andere als erfreulich, und darauf bezieht sich die Kritik.

In Ansehung an diese kleine niebliche Erzählung sei eine in hervorragender Weise im Sacherischen Willowblatt veröffentlichte Notiz zitiert: „In verschiedenen hiesigen und auswärtigen Blättern sind Meldungen verbreitet, wonach die Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und einem der Landwirtschaft besonders nahestehenden Minister“ (gemeint ist Herr v. Bobbelski) infolge der kürzlich im Landtag abgegebenen scharfen Erklärungen des Grafen Willow in der Zollfrage gespannt wären, so daß man mit der Möglichkeit einer partiellen Ministerkrisis rechnen müsse. Es wird ferner behauptet, daß die Form der Erklärung des Grafen Willow nicht mit den Versprechungen im Einklang stände, die Herr v. Bobbelski angeblich seinen politischen Freunden gegeben haben soll. Demgegenüber können wir auf Grund authentischer Informationen mitteilen, daß diese Behauptungen nicht zutreffen, daß mehr die erwähnte Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten im vollen Einverständnis mit sämtlichen preussischen Ministern abgegeben wurde, und daß zwischen dem Grafen Willow und Herrn von Bobbelski keinerlei Meinungsverschiedenheiten in der Zollfrage bestehen.“

Wir werden morgen die „Nordd. Allg. Ztg.“ genau lesen, um zu sehen, ob dieses offiziöse Blatt etwas zu den netten Geschichtchen zu sagen weiß. —

Moderner Sklavenhandel.

Sieben fliegt uns ein gedrucktes Zirkular auf den Redaktionsstisch, das über die Art und Weise des modernen Menschenhandels mit sogenannten Beschäftigten einige Aufklärung giebt: Die erste Seite des Schreibens lautet:

Arbeitsamts-Nebenstelle.

Berlin N., Royalstr. 4, Nähe des Stettiner Bahnhofes.

H. H.

Hiermit überreichen wir unsere Bezugsbedingungen für verschiedene Wanderarbeiter (Schnitter) pro 1902 mit dem ergebenden Ersuchen, im Bedarfsfälle Formulare zur Auftragserteilung von uns einfordern zu wollen.

Falls die Besorgung von Wanderarbeitern zu anderen Löhnen und Naturalien als den von uns angegebenen, gewünscht wird, erklären wir uns dazu bereit, müssen aber von Fall zu Fall prüfen, ob wir den betreffenden Auftrag anzunehmen in der Lage sind.

Durch Vereinen der in Frage kommenden Gebietsteile und Anstellung vieler Agenten und Privatleute, die an Ort und Stelle nur ausgewählte Leute anwerben, sind wir in die Lage gekommen, die Bezugskosten gegenüber den Vorjahren bedeutend niedriger zu stellen.

Außer für die Landwirtschaft besorgen wir auch Leute zu denjenigen Bedingungen für Ziegeleien, Brennereien, Zuckerfabriken und der sonstigen Industrie; die Löhne jedoch stellen sich für Industrie-Arbeiter etwas höher.

Es wird zur möglichst frühzeitigen Bestellung der Leute geraten; bei zu spät eingehenden Bestellungen können wir die in den einzelnen Bezugsbedingungen angegebenen Beschaffungskosten nicht mehr bestimmt garantieren; dann auch ist zu befürchten, daß minderwertige Leute herankommen; namentlich auf Landsberger Leute müßten die Aufträge umgehend hier eingehen.

Kleinere Abänderungen des Auftrages bei der Ausführung desselben behält sich die Arbeitsamts-Nebenstelle vor.

Direktor Abelmann.

Auf der Rückseite folgen sodann die traurigen Arbeitsbedingungen, zu welchen die Arbeiter thätig zu sein bereit

sind, mit der geschmackvollen Ueberschrift: „Bezugsbedingungen.“ Es stellen sich z. B. die Abhne der aus „Südungarn“ bestellten „Waren“ wie folgt:

Tagelohn	für Männer u. große Burden welche jede Mannarbeit verrichten.	für Frauen, Mädchen und Burden
a) vom 1. April	1.— Mk.	0,75 Mk.
b) vom 1. April bis 1. Oktober	1,20 „	0,95 „
c) vom 1. Oktober ab	1.— „	0,75 „
d) während der Ernte (8 Woch.)	1,80 „	1,20 „

Für Ueberstunden sind zu zahlen an Männer 15 Pf., an Frauen, Mädchen und Burden 10 Pf.

An Naturalien erhalten die südbungarischen Arbeiter pro Kopf u. Woche: 3 1/2 Liter Magermilch (täglich 1/2 Liter), 12 Pfund Kartoffeln, 8 Pfund Brot, 1 1/2 Pfund Mehl, 1 Pfund Erbsen, 1 Pfund Reis, 1 1/2 Pfund Fleisch oder 75 Pf., 1 Pfund Schmalz oder 50 Pf., 1/2 Pfund Salz.

Von diesen Naturalien dürfen die Leute nichts verkaufen, müssen vielmehr alles Nebriggeliebene an den Arbeitgeber zurückgeben.

Außerdem erhalten die Leute freie Wohnung, mit nach Geschlechtern getrennten Schlafzimmern, freie Feuerung und ferner jede Person eine Strohmattlage und eine Schlafdecke.

Die Arbeitgeber sind berechtigt, zu ihrer Sicherheit von dem Lohn der Leute in den ersten 10 Wochen eine Kautions von wöchentlich je 3 Mark, zusammen je 30 Mark einzubehalten.

Der Tagelohn beträgt also für erwachsene Männer 1 Mark bis 1,60 Mark, für Frauen und jugendliche Arbeiter sogar nur 75 Pf. bis 1,20 Mark, auch die „Nation“ ist gleich mit angeführt. Man wird verstehen, daß unter solchen Umständen unsere Junker über die „Leutenot“ klagen. —

Deutschland.

Berlin, 10. Juni. Die amtliche Ausgabe der „Jahres-Berichte der königlich preussischen Regierung- und Gewerbeberäthe und Bergbehörden für 1901 in R. v. Deckers Verlag, G. Schenk, königlicher Hofbuchhändler, Berlin SW. 19, Jerusalemstraße 56, erschienen. —

— Auch Rudolph Herzog macht den Rotau.

Der von uns vor einigen Tagen nach der „Rhein. Westf. Ztg.“ mitgeteilte Brief der Firma Rudolph Herzog, in dem ein Warschauer Haus um die Erlaubnis gebeten wurde, weitere Offerten (die abgelehnt worden waren) einbringen zu dürfen, wird gleichfalls von der Firma verleugnet, ebenso wie das Schreiben der Firma Faber in Nürnberg. Auch bei Herzog ist ein Angestellter schuld. „Der betreffende Korrespondent hat dem Briefe in seinem Uebersetzer eine so devote Fassung gegeben, die nicht im Sinne der Geschäftsleitung liegen konnte und die sie niemals gebilligt hätte. Der Brief ist der Geschäftsleitung leider nicht zur Unterschrift vorgelegt worden und nur deshalb unbeanstandet abgegangen. Ich muß daher entschieden zurückweisen, aus dem Inhalt dieses dem Uebersetzer eines Beamten zugeschriebenen Briefes eine unwürdige Bettelei meiner Firma herzuleiten.“ — Das Essener Blatt verlangt zur besonderen Sühne nun noch, daß die Firma Herzog ihre Mißbilligung auch denjenigen Polen offen erkläre, denen das Schreiben als ein Schreiben der Firma bekannt geworden sei, d. h. der Warschauer Firma und der „Gazeta Polska“, die es zur Kenntnis der polnischen Presse gebracht hat. Nur dadurch könne sie wirklich den Beweis liefern, daß es ihr mit der oben ausgesprochenen Mißbilligung Ernst sei. Ob sich Rudolph Herzog auch noch zu diesem Rotau, der ihm sicher auch den letzten seiner polnischen Kunden abtreibt, entschließen wird? —

— **Walbersee** hat wirklich Recht, sein Oberbefehl wird nicht einmal in Deutschland respektiert. Das kleine Journal berichtet: In Weisel weckte kürzlich Generalfeldmarschall Graf Walbersee, um in seiner Eigenschaft als Generalinspekteur die dortigen Truppenteile zu besichtigen. Er nahm nun sein Aufenthalt auf sechs Tage berechnet war, reiste jedoch schon am zweiten Tage wieder ab. Der Grund zu dieser Dispositionsänderung ist darin zu suchen, daß Graf Walbersee seine Besuche als Generalinspekteur mehr erweitern wollte, was indes der kommandierende General, General von Infanterie v. Biffing nicht gelten

lassen wollte. Dem Vernehmen nach wird diese Angelegenheit dem Kaiser zur Entscheidung unterbreitet werden. —

Gotha, 9. Juni. Nichtbestätigungen sind

nicht nur in Berlin bezw. in Preußen, sondern auch in unserem liberalen Ländchen möglich. So hat das herzogliche Landratsamt zu Ohrdruf, als die vorgesezte Behörde, die am 18. April d. J. erfolgte Wahl des sozialistischen Landtagsabgeordneten G. Wolff zum Ortsvorsteher des Dorfes Dietzharz bei Tambach nicht bestätigt, wie ein dem Gewählten gestern zugegangener Bescheid mitteilt. In der Begründung der Nichtbestätigung wird darauf hingewiesen, daß Wolff außer zwei anderen Verstrafungen eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten wegen Majestätsbeleidigung verbüßt hat. Wolff wird nun Verurteilung gegen diesen Bescheid beim herzoglichen Staatsministerium einlegen. Das herzogliche Landratsamt hat einstweilen den Stellvertreter des Ortsvorstehers mit der Führung der Geschäfte beauftragt, so daß nach Lage der Sache noch längere Zeit vergehen wird, bis der Fall zur endgültigen Erledigung gelangt. Es ist wohl anzunehmen, daß die Regierung die sonderbare Entscheidung des Landratsamts wieder aufheben wird. —

Frankreich.

Das neue Ministerium

Ist nunmehr endgültig gebildet und besteht aus 2 sozialistischen Radikalen, 6 Radikalen und 3 Mitgliedern der demokratischen Union. Der Nachfolger Millerands im Ministerium für Handel ist Trouillot; derselbe war im Kabinett Briçonnet 1898 Kolonialminister. Die am weitesten linksstehenden Minister sind die beiden sozialistischen Radikalen Camille Pelletan und Doumergue, der erstere ist ein sehr bekannter Parlamentarier, er ist seit 1881 Mitglied der Kammer. Doumergue, der neue Kolonialminister, ist der jüngste im Kabinett. Die Nachricht der Telegraphenbureaus, daß vorläufig auf eine neue Reform der Einkommensteuer verzichtet sei, scheint nicht exakt. Der „Petite Replique“ zufolge hat der Ministerpräsident Combes eine Delegation radikaler Abgeordneter, die sich wegen des Eintritts Rouvier beunruhigt fühlten, erklärt, die Reform der Einkommensteuer werde mit oder ohne Rouvier durchgeführt werden. Erst nachdem Combes diese Erklärung abgegeben hatte, begann er die Unterhandlungen mit Rouviers; da dieser ins Finanzministerium eintritt, so ist anzunehmen, daß er mit der Reform einverstanden ist. —

Holland.

Krüger beugt sich der Notwendigkeit.

Präsident Krüger ließ die Flagge des Transvaal-Freistaates vor Drankelust in Utrecht niederholen, erkannte somit die englische Souveränität über die südafrikanische Republik an. —

Belgien.

Eine Wahlfälschung ungeheuerlicher Art

haben sich die Merkmalen im Wahlkreis Sennick-Saint Quentin geleistet. Die Gesamtzahl aller eingeschriebenen Wahlstimmen beträgt in jenem Kreise 13 928; in den Urnen fand man 14 671 Stimmzettel. Nimmt man an, daß alle Indifferenten gewählt haben, daß alle Kranken sich bemühten, einen Stimmzettel abzugeben, und daß alle Verstorbenen (die zum Teil in den Listen noch mit aufgeführt sind) wieder aufgestanden sind, so sind dies immer noch 743 Stimmzettel zu viel. Gegen diese Wahl ist Protest eingelegt. —

Streiks im April.

ac. Die offizielle „Revue du Travail“ äußert sich auch über den Generalstreik für das Wahlrecht. Sie bezeichnet denselben als eine politische Manifestation, die nichts von dem Charakter eines wirtschaftlichen Streiks gehabt habe. Im übrigen wird von 7 neuen Streiks mit nur 873 Streikenden berichtet; 2 Streiks dauerten noch aus dem vorhergegangenen Monat fort, so daß insgesamt nur etwa

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das selbige Ueberbrettl.

Humoreske von Leon Holla.

(4. Fortsetzung.)

Am Nachmittag hatte er noch einmal alle seine Getreuen um sich geschart und die Künstler hatten so vortrefflich gesungen, gefaszt und agiert, daß der Direktor im voraus einen jeden als Idioten qualifizierte, der das Unglaubliche wagen würde, die künstlerische Qualität der von ihm gebotenen Leistungen auch nur im mindesten anzuzweifeln. Als ihm vom Kassierer die freudige Vorhersage überbracht wurde, daß ein bedeutender Biletterverkauf stattgefunden habe und alle Anzeichen auf ein ausverkauftes Haus deuteten, geriet er in solche Ekstase, daß er für das gesamte Personal ein solennes Abendbrot bestellte, welche Maßregel ihm seinen der Künstler zu begeisterten und langanhaltenden Lobschreien verhalf.

Auf diese Weise verlief der Nachmittag recht stimmungsvoll und es war nur der eine Umstand zu bedauern, daß Graf Schmirinsky zur bestimmten Stunde nicht allein, sondern in Begleitung eines oder zweier niedlichen, aber um so ausdrucksvolleren Leischners erschien und sich infolgedessen geraume Zeit handhaft weigerte, den zum Vortrag seines Chansons angeordneten Wiedermeiertrakt anzulegen, bis es endlich den Ueberredungsanstrengungen des Direktors gelang, auch dieses Gemächts aus der Welt zu räumen.

Der Kassierer hatte mit seiner Prophezeiung recht behalten und die lassenden Seelenkünstler sahen mit wachsender Befriedigung durch das Guckloch im Vorhang, wie sich der Zuschauerraum mehr und mehr füllte.

Punkt acht Uhr ertönte das erste Klingelzeichen; es klingelte nochmals und majestätisch hob sich der Vorhang, dem flammenden Publikum den Anblick der schwarzumhüllten Gestalt Emanuel Käsböhrers im Vorder- und des Puffen- und Gieselpuffs im Hintergrund enthüllend.

Leises Summen, Klütern „Das ist er!“ — „So sieht der aus!“ Emanuel's Brust drohte vor Stolz die rote Seignions-

weisse zu sprengen. Uebermaliges Klingelzeichen, dann Leichenstille.

Arnulf Meier hatte seinem Direktor verraten, daß es für den Redner von unberechenbarem Vorteil sei, einen gewissen Punkt im Saale unverwandt mit den Augen festzuhalten, — diesen wohlgemeinten Ratsschlag folgend, stierte der Conjerencier nun mit starrer aus den Höhlen hervorquellenden Augen geradeaus auf die umfangreiche Glase eines alten Herrn im Parkett, räusperte sich kurz und begann

„Hochzuverehrende! Hoch — zu — ver — ehrende!! Im . . . Die Kunst, das heißt die moderne Kunst steht im Zeichen des Varietees — das ist eine Ihnen allen bekannte Thatsache — ja und . . . und wenn ich es heute wage, mit einer neuen Gründung dieses Genres vor Sie hinzutreten, bitte ich vor allen Dingen zu berücksichtigen, daß jede . . . jede Neuerercheinung und besonders jede Neuerercheinung von der geradezu kulturellen Bedeutung des Ueberdrettils (lebhaftes „Oho!“ aus der Richtung des Stehplatzes) einer im Laufe der Praxis vor sich gehenden Läuterung bedarf! Sollte das verehrungswürdige Publikum nun in dieser oder jener Darbietung auf ihm nicht zuzugende Ueberraschungen stoßen . . . stoßen . . . so bitte ich gütigst beachten zu wollen, daß wir stets eifrig bestrebt sind, ein Totalitätsbild der neuen literarischen Bewegung zu geben . . . zu geben — jawohl! . . .“

Hier räusperte sich der alte Herr mit der Glase und rückte, ahnungslos, welche Konsequenzen aus seinem unzeitgemäßen Beginnen erwachsen konnten, den Zeitpunkt der Käsböhrer'schen Blide aus der bisherigen Linie und verfezte dadurch den Redner in die tödlichste Verlegenheit; er hustete und angelte hilflos suchend nach einem passenden Fortgang seiner Rede. Eine gewitterstürmische Pause entstand.

Im selben Moment ertönte aus dem Bereiche der Coullissen ein klackerndes Schloß und man hörte Carola, die Jüngerin Terpsichores im höchsten Diskant die denkwürdigen Worte ausrufen: „Sie trecher Mensch! Einen vor verdammtem Kriegsbolk zu rufen!“

Dieser harmlose Zwischenfall brachte auf beiden Seiten eine höchst belebende Wirkung hervor, nämlich im Publikum,

wo sich bereits seit Beginn der Ansprache eine Neigung zu stiller Heiterkeit bemerkbar gemacht hatte, erhob sich fröhliches Gelächter und der Direktor, welcher inzwischen Zeit fand, seine wohlstudierte Rede rasch noch einmal zu memorieren, haspelte nunmehr mit Mißgeschynelle gleich einem Phonographen das, was er „seine Ziele“ nannte, herunter. Als er geendet, war die allgemeine Stimmung wieder so weit hergestellt, daß der fröhliche Direktor mit unzähligen waghalsigen Verbeugungen über den ihm gespendeten rauschenden Applaus quittieren konnte. Der Vorhang senkte sich.

Triumph im Busen eilte Emanuel hinter die Coullissen und heimste dort die Ausdrücke höchster Bewunderung seitens seiner Jünger ein, die während der Ansprache vor Heiterkeit fast vergangen waren.

Nun begann eine fieberhafte Thätigkeit. Man zog den Grafen mit Ausbietung aller Kräfte aus der Requisitionskammer, wo er in der beschaulichen Thätigkeit begriffen war, seinen brummenden Schädel unter die Wasserleitungsrohre zu halten. Er wurde, so gut es ging, zurecht gestutzt und während des Feierns überhörte der unerwünschte Direktor zum hundertstenmal den Text seiner Chansons.

Graf Schmirinsky trat mit einigermaßen wiedergewonnener Sicherheit an die Rampe und begann mit ortonartiger Stimme die berühmte Käsböhrer'sche Dichtung: „Ich hab' meine Lante geschlachtet!“ vorzutragen.

Nach dem ersten Verje allgemeine und tiefgehende Verblüffung.

Nach dem zweiten brausendes Gelächter und werfen mit Apfelsinen nach dem unglücklichen Stanislaus.

Der dritte ging völlig verloren in dem sich nun erhebenden elementaren Losen, Zischen, Pfeifen.

Emanuel, der in der ersten Seitencoullisse stand, knickte zusammen, und selbst der sonst nicht aus der Fassung zu bringende Pseudograf stand mit schlotternden Knieen, entsetzt in das Publikum starrend.

Vorhang.

(Fortsetzung folgt.)

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1901

Von Paul Umbreit.

II.

Der Umfang der Kartelle.

Die Gesamtzahl der in den 319 Kartellen vertretenen Organisationen beträgt 3995. Dabei sind mehrere Vertretungen des gleichen Verbandes (Sektionen und Vorortszahlstellen) stets als eine Vertretung gerechnet. Die Kartelle weiten folgende Größengruppen auf:

61 Kartelle zählen	1—5 Organisationen
118 " "	6—10 " "
58 " "	11—15 " "
33 " "	16—20 " "
28 " "	21—30 " "
10 " "	31—40 " "
5 " "	41—50 " "
5 " "	über 50 " "

Die meisten vertretenen Gewerkschaften zählen die Berliner Gewerkschaftskommission (70) sowie die Kartelle zu München (60), Dresden (58), Nürnberg (57), Hamburg (53), Breslau (45), Bremen (45), Stuttgart (42), Halle (41), Solingen (41) und Frankfurt a. M. (40).

Von lokalen Fachvereinen wurden nur 58 in 28 Kartellen gezählt, davon allein 23 in Solingen. Eine Zunahme an Organisationen weisen 116, eine Abnahme 36 (meist kleine) Kartelle auf, während 78 den alten Stand behaupteten, 32 erst im Berichtsjahre entstanden und von den übrigen keine Angaben vorliegen.

Die Gesamtzahl der vertretenen Mitglieder betrug bei 319 Kartellen 481 718. Vergleichbare Zahlen für das Vorjahr liegen für 284 Kartelle mit 432 734 vertretenen Mitgliedern vor, deren Mitgliederzahl im Jahre 1900 nur 429 079 betrug. Es ist also eine geringe Zunahme im ganzen zu bezeichnen; im einzelnen weisen 117 Kartelle einen Zugang, 108 eine Verminderung an vertretenen Mitgliedern auf, während fünf stabile Verhältnisse angeben.

Die Mitgliederzahl der lokalen Fachvereine betrug nur 10 572, wovon 5676 auf das Solinger Kartell entfallen.

Nach Mitgliederzahlen gruppieren sich die Kartelle in folgender Weise. Es zählen:

12 Kartelle bis zu	100 Mitgliedern
50 " von	101—200 Mitglieder
42 " "	201—300 " "
60 " "	301—500 " "
66 " "	501—1000 " "
55 " "	1001—2500 " "
15 " "	2501—5000 " "
12 " "	5000—10000 " "
5 " "	10000—25000 " "
2 " "	über 25000 " "

Die meisten Mitglieder umfassen die Berliner Gewerkschaftskommission (71 327) sowie die Kartelle zu Hamburg (31 409), München (17 275), Dresden (15 549), Nürnberg (12 191), Breslau (10 603) und Bremen (10 262). Diese sieben Kartelle umfassen allein 168 821 Mitglieder oder 35 Proz. aller in Kartellen vertretenen Mitglieder, während auf die 12 nachfolgenden Kartelle von 5000 bis 10 000 Mitgliedern, die Zahl von 81 242 Mitgliedern oder 16,8 Prozent der Gesamtzahl entfällt. Mehr als die Hälfte aller kartellierten Mitglieder ist also in Kartellen mit mehr als 5000 Mitgliedern vereinigt.

Leider weist diese Organisationsstatistik auch eine weniger erfreuliche Seite auf, indem sich aus ihr ergibt, daß in zahlreichen Orten Gewerkschaften den Kartellen fernstehen. Die Gründe dieses Fernbleibens können im Rahmen der auf Ausgaben der Kartelle selbst beruhenden Statistik nicht festgestellt werden; indes läßt die Ausdehnung dieses unerfreulichen Zustandes auf nicht weniger als 169 von 319 Kartellen erkennen, daß eine Reihe solcher Gründe vorhanden sein muß, deren Klärung nicht nur aus dem Gewerkschaftsinteresse, sondern auch aus der Frage der Beschäftigten wird, sondern vor allem an den Kartellorten selbst durch rein sachliche Erörterungen dringend geboten ist.

In den 169 Kartellorten stehen 328 Gewerkschaften außerhalb der Kartelle, und zwar betrifft dies

in 75 Kartellen je 1 Gewerkschaft,
" 51 " " 2 Gewerkschaften,
" 26 " " 3 " "
" 15 " " 4 " "
" 1 Kartell " 6 " (Braunschweig)
" 1 " " 7 " (Posen).

Zuverlässige Mitgliederziffern der außenstehenden Gewerkschaften liegen nur für wenige Orte vor. Besonders ungenügende Verhältnisse ergeben sich dort, wo den kartellierten Gewerkschaften ein erheblicher Bruchteil der organisierten Arbeiterschaft gegenübersteht, wie in Charlottenburg (1976 gegen 1100), Flensburg (945 gegen 400), Blogau (210 gegen 117), Hannover (6742 gegen 1543), Helmstedt (426 gegen 250), Raumburg (204 gegen 156) und Posen (1071 gegen 202). Daß hierdurch den Kartellen ansehnliche Kräfte entzogen werden, ist un schwer zu erkennen. Liegt die Ursache der Absonderung an dem Verhalten des Kartells gegenüber Sonderorganisationen, so ist zu erwägen, daß das Kartell seine Kräfte aus zentralisierten Organisationen zieht und nicht die Interessen von sich gegenseitig bekämpfenden Organisationen vertreten kann. Dies trifft vor allem zu, wo Mitgliedschaften der Sondergewerkschaft der Buchbinder zur Vertretung im Kartell zugelassen sind. Liegt die Ursache in dem Verhalten des Kartells bei Streiks, so wird den außenstehenden Gewerkschaften durch strikte Zurückhaltung der vom Frankfurter Gewerkschaftsverband beschlossenen Leitlinie jeder berechtigter Anlaß zum Fernbleiben vom Kartell genommen. Liegt die Ursache endlich an der Erhebung zu hoher Beiträge oder an der Gründung kostspieliger Einrichtungen, so sucht man durch Ausschließung der nicht zu den engeren Kartellaufgaben zählenden Budgetpositionen und durch ökonomische Verwahrung die Beiträge in erträglichen Grenzen zu halten und kostspielige Einrichtungen nicht eher durchzuführen, als bis allseitiges Einverständnis darüber erzielt ist; einen Ausweg bietet ja außerdem die Erhebung gesonderter Beiträge für diese Einrichtungen. Wo die Schuld allein die Gleichgültigkeit der außenstehenden Gewerkschaft trifft, da ist oft der Weg der Beschwerde an deren Zentralvorstand nicht ohne Nutzen beschritten worden. Der Verband der Maschinisten und Heizer hat daraufhin seine Ortsvereine statutarisch verpflichtet, den Kartellen beizutreten. Lediglich bedarf es ebenso der Solidarität aller örtlichen Gewerkschaften, als der vernünftigen Abgrenzung der Pflichten und Rechte im Kartell, um ein gedeihliches Zusammenwirken der Gewerkschaften in diesem für alle Zeit zu gewährleisten.

Deutscher Reichstag.

(189. Sitzung.)

Berlin, den 9. Juni 1902.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler Graf Bismarck, Graf Posadowski, Fehr. v. Rheinbaben, Fehr. v. Thielmann, Möller, v. Podbielski, v. Köller.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Bayer (Centr.) in der üblichen Weise durch Erheben von den Eigen. Der Gesetzentwurf betr. Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen wird in dritter Lesung debattiert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der

Brüsseler Zuckerkonvention

und der Novelle zum Zuckersteuergesetz (Berichterstatler Abg. Speck.)

Nummer 1 der Kommissionsbeschlüsse lautet: Der Reichstag wolle beschließen, dem am 15. März 1902 in Brüssel zwischen dem Reich und mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Behandlung des Zuckers seine verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, mit der Maßgabe, daß die Ratifikation des Vertrages nicht früher erfolgt, als bis das Gesetz wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes im Reichsblatte veröffentlicht ist.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Meine Freunde zweifeln daran, daß ein Ueberzoll von 6 Frank ausreichend sein wird, um unsere heimische Produktion vor der Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Aus diesem Grunde müßten wir es am liebsten sehen, wenn dieses Gesetz in die Kommission zurückgeschickt würde.

Abg. Dr. Wiener (Freij. Vp.): Wir haben eine Herabsetzung der Steuer auf 14 Mark beantragt, um der Regierung keine finan-

ziellen Schwierigkeiten zu bereiten. Aus demselben Grunde werden wir auch gegen den Antrag auf völlige Aufhebung der Steuer stimmen.

Abg. Müller-Julda (Centr.): Ueber die Abschaffung der Ausfuhrprämien sind wir alle einig, anders ist es mit der Frage des Ueberzolls, der von 20 auf 4,80 Mark ermäßigt werden soll. Erneut muß ich meine Verwunderung über den Beschluß derjenigen aussprechen, die eine Kommissionsberatung nicht für nötig hielten. (Großer Lärm links.) Wird das Zuckersteuergesetz nicht so abgeändert, daß der Mehrwert der entfallenden Prämien ersetzt wird, so wird die Mehrzahl meiner politischen Freunde die Konvention ablehnen. (Bravo im Centrum.)

Abg. Bernstein (Soz.): Unsere Partei hat die Konvention von Anfang an freudig begrüßt, weil wir in der Konvention ein Mittel sahen, der verwirklichten Prämienwirtschaft ein Ende zu machen. Das bedenkliche der Konvention lag für uns darin, daß sie überhaupt noch einen Ueberzoll vorschreibt, und daß sie die Konventionsstaaten verpflichtet, gegen andere Länder, die noch Prämien gewähren, Kampfzölle zu erheben. Die Vorteile der Konvention schienen uns aber so groß, daß wir bereit waren, diese Nachteile in Kauf zu nehmen. Durch die Kommissionsbeschlüsse aber ist unsere Genehmigung so herabgesetzt worden, daß wir es uns noch überlegen werden, ob wir der Konvention und dem Zuckersteuergesetz zustimmen werden. Besonders die Beschlüsse über die Kontingentierung laufen dem Zwecke der Konvention geradezu entgegen. Der Abg. Müller-Julda hat verlangt, daß auch wir das französische System des Entfernungsnaachlasses für Zuckertransport einführen. Gegen eine solche Wiedereröffnung der Prämie müssen wir uns aber verwahren. Herr Müller-Julda hat weiter das Schreckgespenst des Rohzuckers vorgebracht. Schon in der Kommission hat aber Herr Baasche auf die Ungefährlichkeit des Rohzuckers hingewiesen und einer der Sachverständigen, ein Mitglied der konservativen Partei, hat einen Vortrag über die Unschädlichkeit des Rohzuckers gehalten und den Vortrag an die „Venzzeitung“ gesandt, die ihn in den Papierkorb geworfen hat. (Lärm hört bei den Sozialdemokraten.) Noch weniger aber haben wir von England zu fürchten. Wenn ich Engländer wäre, würde ich alle meine Kräfte einsetzen, um die Konvention zu Fall zu bringen. In England wendet sich sogar der Cobdenclub gegen die Konvention und weist auf die große Schwierigkeit hin, nachzuweisen, wann eine Ausfuhrprämie vorhanden ist und wann nicht.

Man spricht immer von dem Schutz, der der Zuckerindustrie gewährt worden müsse, meint damit aber nur die Fabrikation von Zucker. Es giebt aber auch andere hochentwickelte Industrien, die den Zucker in den verschiedensten Formen dem Konsum zuführen, z. B. die Konfitüren-, Schokoladen- usw. Fabriken. Wenn alle englischen Raffinerien vom Boden verschwinden würden, hätten die Arbeiter der Zuckerfabrik es leicht, in der Zucker verarbeitenden Industrie Beschäftigung zu finden.

Die Kommissionsbestimmung über die Kontingentierung und die Festsetzung des Ueberzolls auf die größtmögliche Höhe halten wir für geeignet, einen neuen Kartell die Wege zu öffnen. Die schädliche Wirkung des Kartells haben wir ja erlebt, den Niedgang des Konjums. Daß den Zuckerproduzenten an einer Steigerung des Konjums viel gelegen ist, beweist die wohlwollende Behandlung unserer Vträge auf absolute Steuerfreiheit. Nachdem diese abgelehnt waren, stimmten wir selbstverständlich für die Herabsetzung der Zuckersteuer auf 10 bezw. 12 Mark. Um die finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen, haben wir eine Reichs-Einkommensteuer empfohlen. Die Argumente, die vom Regierungsrat dagegen erhoben sind, sind für uns nicht stichhaltig.

Es ist weiter die Befürchtung ausgesprochen, die Herabsetzung der Verbrauchssteuer würde der Reichsstaatskasse viele sichere Millionen entziehen. So schlimm sieht die Sache nicht, denn der Konsum würde dementsprechend wachsen. Ich glaube sogar, daß Reich bei einer Herabsetzung auf 12 Mark finanziell noch besser fahren als jetzt.

Es ist ja möglich, daß die Aufhebung der Ausfuhrprämien und die Neugestaltung der Zuckersteuergesetzgebung einzelne Nebenproduzenten schädigt. Würden die Zuckerfabrikanten sich etwa bestimmen, falls eine neue Maschine erfunden wird, die so und so viel Arbeiter erspart und auf das Pflaster wirft, diese Maschine einzuführen? (Sehr richtig! links.) Die Zuckerfabriken setzen auch gar nicht so schlecht, wie es vielfach geschriebe wird. Weder führt die hohen Dividenden einer ganzen Reihe von Zuckerfabriken an, Gerade für die Wirtschaftspolitik gilt der Grundsatz Nießes:

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Die Erbschleicherinnen.

Roman in zwei Bänden von Ernst von Wolzogen.

(54. Fortsetzung.)

Die gute Majorin war ganz begeistert. Es war ihr unmöglich zu warten, bis Fräulein Drjes ihr Urteil abgeben, sondern sie klatschte, sobald Lizzi geendet hatte, in die Hände und rief: „Bravo, bravo! Mein, aber Lizzi — das hätte ich Dir ja gar nicht zugetraut. Ganz ohne Souffleur — ohne stecken zu bleiben! Und dann diese Redheit! Und das Organ! Herrgott nein, angst und bange kam einem dabei werden, wenn Du so loslegst. Nun, was sagen Sie, liebes Fräulein? Hat sie nicht Talent? Was hab' ich Ihnen gesagt? Mit achtzehn Jahren! Ist Ihnen so was schon vorgekommen? Ach und jodeln kann sie, das müßten Sie erst einmal hören! Geh, Lizzi, trag doch einmal das Schnaderhüpfel vor. Du weißt schon, das mit dem komischen Text, den ich immer nicht verstehe.“

Sier machte die begeisterte kleine Dame eine Atempause, so daß Fräulein Amanda endlich zu Worte kommen konnte. Mit einem milden Lächeln bedeutete sie der Majorin, daß die Fähigkeit zu jodeln nicht unbedingt ein Kennzeichen sei für das Vorhandensein eines Talentes zur dramatischen Darstellung. Material besitze das junge Mädchen ja freilich in hervorragendem Maße, nämlich die statliche Erscheinung, das bewegliche Gesicht mit den sprechenden Augen und das gesunde kräftige Organ. Damit würde sich wohl etwas machen lassen, wenn sie auch über das eigentliche Talent nach dieser bloßen Stimmprobe noch nicht urteilen könne. Vorläufig handle es sich hauptsächlich darum, ihr den Dialekt abzugewöhnen, was wohl allein mindestens ein halbes Jahr erfordern würde. Sier bemerkte Fräulein Amanda, daß Lizzi ein langes Gesicht machte und betrübte die Mundwinkel herabzog. Da erhob sie sich, legte ihr mit einer großen, königlichen Geste die Hände auf die Schultern, sah sie mit zur Seite ge-

neigtem Haupte liebreich an und sagte: „Erschrecken Sie darüber, mein liebes Kind? Sie haben sich das zur Bühnengehen doch wohl ein wenig zu leicht vorgestellt. Heutzutage giebt es freilich viele junge Mädchen, die sich zur Künstlerin berufen glauben, bloß weil ihnen ihr unbändiger Sinn das stille häusliche Leben eines deutschen Mädchens langweilig erscheinen läßt und weil sie einen zügellosen, frivolsten Lebensgenuss davon erhoffen. Diese Mädchen studieren freilich nichts anderes als die Kunst, ihre körperlichen Vorzüge in das rechte Licht zu setzen und glauben den größten Erfolg erringen zu haben, wenn sie einen reichen Liebhaber finden. Diese Art läuft ihren Eltern davon und bittet bei irgend einem Possen- oder Operetten-Theater um Aufnahme. Gage bekommen sie meistens gar nicht, sie sind schon froh, wenn sie nur in möglichst indecenten Kostümen herausgestellt werden. Und wenn sie dann jemand gefunden haben, der ihre Garderobe bezahlt, so vertraut ihnen der Direktor auch Rollen an. Wenn sie dann im Laufe der Zeit überhaupt etwas lernen, so lernen sie es nur durch Nachahmung, durch Routine — also wie Affen, nicht wie denkende Menschen. Wer aber eine wahre Priesterin des Schönen werden will, der muß jahrelang studieren, ehe er nur den ersten Schritt in die Öffentlichkeit wagt und auch dann das ganze Leben hindurch rastlos an sich arbeiten. Es ist meine Pflicht, Ihnen das zu sagen, mein liebes Fräulein, damit sie nicht etwa in die Versuchung geraten, einem schönen Phantom zu liebe, das in der Wirklichkeit sehr häßliche Züge zeigt, das echte und natürliche Glück der Frau von sich zu weisen.“

Siermit drückte die bethrübte Königin einen weisevollen Fuß auf Lizzis Stirn und dann fügte sie in leichertem Tone hinzu: „So mein liebes Kind, jetzt machen Sie mir aber wieder ein fröhliches Gesicht. Und wenn Sie zunächst einmal die Kunst der Rede erlernen wollen, so stehe ich Ihnen gerne zu Diensten.“

Die Majorin hatte mit gefalteten Händen und andächtiger Miene, wie in der Kirche, den goldenen Worten der edlen Priesterin des Schönen gelauscht. Sie war so gerührt davon, wie es weichezige Frauen immer werden, wenn sie

eine Frau- oder Grabrede hören und sie dankte der Künstlerin für die genossene Erbauung durch einen stummen Gändedruck. Dann fragte sie sie etwas zaghaft, wie viel sie denn wohl für die Stunde nehmen würde?

Fräulein Drjes lehnte jede Bezahlung vornehm ab. Es wurde vereinbart, daß Lizzi zweimal in der Woche zu ihr kommen sollte. Und dann brachen die beiden Damen auf und verabschiedeten sich unter lebhaften Betuerungen ihrer Dankbarkeit.

Recht kleinlaut und gedrückt stieg Lizzi die Treppen hinunter. Sie hatte sich eine Bühnenkünstlerin ganz anders vorgestellt und hätte statt der langen, erbaulichen Predigt weit lieber eine eingehende Kritik ihres Vortrages gehabt. Warum hatte sie ihr nicht wenigstens den Monolog selbst vorgesprochen, damit sie gewußt hätte, wie sie es meinte? Wenn das so weiter ging, wenn sie immer nur Klagen riefen und Predigten hören sollte, so konnte sie sich von dem Unterricht nicht viel versprechen. Und nun war es vollends noch ein geschenkter Gaul — da hieß es gar, sein stille sein und ungemessene Dankbarkeit an den Tag legen. Die Majorin hielt ihr das auch den ganzen Weg über vor, erschöpfte sich in Lobsprüchen über die edle keusche Sinnesart der schüden bekannten Künstlerin und pries das Glück, das ihr gerade eine solche Lehrerin zugeführt habe. Lizzi stimmte recht einwillig bei. Das einzige Gute, was sie ihr bis jetzt bei der Sache herausgekommen zu sein schien, war, daß Fräulein Amanda ihr ihren Freiplatz im Schauspielhause zur Verfügung gestellt hatte und daß auch die Majorin die Notwendigkeit öfteren Theaterbesuches trotz der Trauer ein sah. —

Schon am nächsten Abend hatte sie übrigens Gelegenheit, ihre Lehrerin in einem Wildenbruchschen Stüde auftreten zu sehen. So naiv sie sich auch noch dem ungewohnten Genus überließ, so wenig sie sich kritisch Nachsicht zu geben wußte, so fühlte sie doch mit ihrem angeborenen Kunstinstinkt sofort den großen Unterschied zwischen dem Stil der Darstellung hier im königlichen Hause und dort im Deutschen Theater. Dort war ihr alles neu, eine berückende Offenbarung einer fremden Wundervelt gewesen, hier spielte man Komödie wie

„Wer da schwach ist, der muß fallen, wer da stark ist, der muß siegen!“

Noch einmal: Für jeden Vorschlag des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sind wir zu haben. Stellen Sie aber Anträge, um die Konvention zu bereinigen, so werden wir es uns überlegen, ob wir für die Konvention stimmen können. Darum aber fällt die Verantwortung auf Sie! Sehen Sie sich vor, ob Sie noch je eine zweite Gelegenheit finden werden, um aus der so ungünstigen Lage für die Zuckerindustrie herauszukommen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (kons.): Meine politischen Freunde werden gegen die Konvention stimmen, weil zu befechtend ist, daß England doch eine bestechende indirekte Prämie zu Gunsten seiner Maschinen und seines Hohlzuckers einführen wird. (Dravol rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob Deutschland auf handelspolitischem Gebiet in den letzten Jahrzehnten stets schwach und nachgiebig gewesen sei und auch in Brüssel nicht auf der Höhe der Situation gestanden hätte. (Auf rechts: Sehr richtig!) Sie sagen: Sehr richtig; ich will eine andere Frage an Sie richten: Ist es richtig, im deutschen Parlament in einem Augenblick, wo wir handelspolitische Verhandlungen mit der ganzen Welt führen, die deutsche Regierung als eine solche hinzustellen, die zu handelspolitischen Verhandlungen schwach und unfähig ist! (Lebhafte Dravol links. Murren rechts.) Im Interesse unserer Zukunft ist das kein richtiges Verfahren. (Lärm rechts.) Das hohe Haus war seiner Zeit darin einig und einig war auch die Partei des Herrn Vorredners, daß der beste Zustand für die deutsche Zuckerindustrie die Aufhebung der Prämien sei. (Lebhafte Zustimmung links, Lärm rechts.) Heute aber hören wir ganz etwas anderes, heute wo wir an der Verhandlung des Prämienstreits stehen, da werden Bedingungen aufgestellt, da wird eine Skizze entwickelt, (Lärm rechts) um die Konvention zu Fall zu bringen. Auf diesem Wege werden wir nie zu einer Konvention gelangen.

Nun zu den Anträgen. Sie alle wissen, in welcher außerordentlich schwierigen finanziellen Lage sich das Reich befindet. Ist es da richtig, daß Sie uns auf finanziellem Gebiet Bedingungen stellen wollen, die für uns die ganze Vorlage unannehmbar machen? Die Zuckersteuer gehört nicht zu den besonders drückenden Steuern. Bei der Auswahl neuer Steuern sind wir bisher immer von dem Unglück verfolgt worden, solche vorzuschlagen, die der Mehrheit nicht gefallen. (Heiterkeit.) Ich kann Sie deshalb nur dringend bitten, den Kommissionsantrag abzulehnen und die Zuckersteuer mindestens auf 14 Mark festzusetzen. Die Reichs-Einkommensteuer stellt einen so tiefen Eingriff in die Selbstverwaltung der Einzelstaaten dar, daß sie mit dem Charakter des föderativen Staates nicht vereinbar werden kann. (Widerpruch links.) Man mag sich über hohe Militär- und Marinekosten. Die notwendigen Verteidigungsausgaben für die Sicherheit des Landes aber werden immer bewilligt werden müssen. Wenn Sie von der ungeheuren Verschuldung des Reiches sprechen, die auch ich bedaure, so liegt der Grund hierfür darin, daß wir die lebende Generation zu sehr entlastet und die zukünftige in Form von Schulden zu sehr belastet haben, die die lebende Generation eigentlich aufzubringen hat. (Sehr richtig!) Das wertvollste Recht der Volksherrschaft ist die Aufstellung des Etats. Deshalb besteht für Sie die politische Pflicht, den finanziellen Entwürfen die größte Beachtung zu schenken. Nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch gesunde Finanzen sind die Grundlagen der Staaten. (Dravol links. Inruhe rechts.)

Direktor im Auswärtigen Amt v. Sörner (auf der Tribüne unverständlich) polemisiert gegen den Abg. Graf Limburg-Sturum.

Abg. Dr. Köster-Kaiserslautern (V. d. L.): Bei den Kommissionsverhandlungen hat man insbesondere den Punkt nicht beachtet, daß England seinen westindischen Kolonien Freizucker für Zucker gewährt. Ueber Braunkohle und Saccharin haben wir monatelang verhandelt, das Zuckergetreide will man jetzt übers Knie brechen. Wer nicht den Ruin der deutschen Zuckerindustrie herbeiführen will, der muß gegen die Konvention stimmen! Die Herabsetzung der Verbrauchssteuer und die Einschränkung der Saccharinfabrikation sind Forderungen, die auch ohne Bezug auf die Brüsseler Konvention berechtigt sind. (Beifall rechts.)

Abg. Baasche (natl.): Im Namen der Mehrzahl meiner Freunde kann ich erklären, daß wir für die Konvention stimmen werden.

Unsere Zuckerindustrie, die jetzt in einer starken Krise ist, ist technisch so hoch entwickelt, daß sie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufnehmen kann, wenn überall die Prämien beseitigt werden. In allen Ländern, die Hohlzucker bauen, ist die Produktion zurückgegangen, wie kann man da von einem Ruin unserer Hohlzuckerindustrie sprechen? Die Kolonien können ihre Produktion nicht annähernd in dem Maße steigern, um uns Konkurrenz machen zu können. (Dravol bei der Nationalliberalen.)

Abg. Gump (Apt.): Meine Freunde werden in großer Mehrzahl für die Konvention stimmen, vor allem deshalb, weil wir sonst kaum das Süßholzwesen erhalten würden.

Abg. Dr. Sahn (V. d. L.): Herr Richter und Herr Singer zeigen mir Telegramme, die hier eingegangen sind; das wundert mich gar nicht, die Interessenten hatten ja gar keine andere Möglichkeit,

ihre Stellung hier zum Ausdruck zu bringen. Ich bitte, die Verbrauchsabgabe mindestens auf 10 Mk. herabzusetzen. Die heutige Krise in der Zuckerindustrie ist nur eine Folge der capriciösen Handelspolitik. (Lachen links.)

Abg. Dr. Barth (Pres. Vg.): Es war mir sehr interessant zu hören, daß Herr Sahn erklärte, mit dem Telegrammen nichts zu thun zu haben. Mir liegt ein Aufruf des Bundes der Landwirte vor, unterschrieben von Herrn Sahn, worin es heißt: Wir bitten jeden Berufsgenossen dringend, die Konvention durchzuführen und uns sofort, wenn möglich, telegraphisch Antwort zukommen zu lassen. (Hört! hört! links.) Die Sorgfalt des Bundes der Landwirte geht aber noch viel weiter. Wir selbst ist ein origineller Fall passiert. Auch aus dem Kreise Wittenberg hat man ein solches Telegramm geschickt, aber nicht direkt an mich, sondern an den Landwirtschaftsbund Berlin, Dörfnerstraße 7. Der Bund der Landwirte hat dann die Freundlichkeit gehabt, mir persönlich die Depesche heute im Couvert zu übersenden. (Große Heiterkeit.) In diesem Telegramm nun war infolge eines Versehens statt „abzulehnen“ geschrieben „abzunehmen“. (Heiterkeit.) Der Bund aber hat es so genau gewußt, wie der Wortlaut ursprünglich gewesen war, daß er mit roter Tinte das „n“ in ein „l“ und das „m“ in ein „n“ verwandelt hatte. (Große Heiterkeit.) Ich war beim Anblick dieses merkwürdigen Telegramms zuerst ganz erschüttert in meiner Stellungnahme, nachdem aber Herr Sahn jetzt erklärt hat, er habe mit dem Telegramm nichts zu thun, habe ich mein Gleichgewicht wiedergefunden und werde für die Konvention stimmen. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Die Verteidigung der Brüsseler Konvention ist in erster Linie Sache der Regierung. Wenn nun die Regierung hier von ihren eigenen Freunden, den sogenannten Stützen der Regierung, verlassen wird, so bedeutet das für sie eine Niederlage, die sie sich kaum gefallen lassen kann. (Lärm rechts.) Für jede Verhinderung von patriotischer Haltung verlangt die Rechte ein Entgelt. Diese Art von Interessenspolitik hat den Standard der öffentlichen Moral tief hinuntergedrückt. (Sehr richtig links.) Besonders internationale Abmachungen sollte man am allerwenigsten vom Standpunkt des Ansehens aus betrachten. (Sehr gut links.) Wenn die Regierung ihren Standpunkt mit Entschiedenheit vertritt, so kann sie das Gesetz so bekommen, wie sie es haben will. Sie wird dann die Unterstützung der gesamten Linken einschließlich der Sozialdemokratie, die in diesem Fall keine praktische Politik machen wird, finden. (Lebhafte Beifall links. Großer Lärm rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Apt.): Aus der Rede des Herrn Barth leuchtete ein Hoffnungsglanz künftiger Ministerherrlichkeit. (Große Heiterkeit rechts. Inruhe links.) Die zukünftige Regierungspartei verjuche heute eine Art Generalprobe. (Gr. Heiterkeit.) Wenn von uns gleichwohl die unbedingte Zustimmung zu der Brüsseler Konvention verlangt wird, so heißt das, den beschränkten Anteilhabernbestand zum Prinzip zu erheben. Das aber überlasse ich der Linken. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Graf Kanitz (kons.) bleibt bei dem Antrag auf Verweisung an die Kommission.

Abg. Frhr. v. Maltzahn (Cosp. d. Konj.) spricht sich für die Konvention aus.

Nach Neben der Abgg. Graf Limburg-Sturum (kons.) und Bernstorff (links) schließt die Debatte. Die Konvention wird mit überwiegender Majorität angenommen, nachdem Graf Kanitz seinen Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission zurückgezogen hat.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr. —

Gewerkschaftsbewegung.

Maurer, Zimmerer und Banarbeiter. In Brandenburg a. H. haben infolge des Maurerstreiks zahlreiche Entlassungen von Zimmerern stattgefunden. Der Maurerstreik dauert fort. — In Lemberg gilt jetzt der Ausbruch eines Generalstreiks als wahrscheinlich. — In Biel (Schweiz), wo zur Zeit die Bauarbeiter streiken, soll es zu Ausschreitungen der Streikenden gekommen sein, wobei das Militär eingriff. —

Bergarbeiter. In Berlin sind bei der Firma Günther, Andreasstraße 10, Lohn Differenzen ausgebrochen. —

Holzarbeiter. In Berlin haben in der Werkstatt von Albert Schulz, Krautstraße 18/19, sämtliche Tischler wegen Einstellung eines mit Entlassungsschein versehenen Tischlers die Arbeit niedergelegt. —

Tabakarbeiter. Der Streik in Frankreich dauert fort. Die Unterhandlungen mit dem Finanzministerium, welchem die staatlichen Tabakmanufakturen unterstellt sind, verzögern sich durch den Regierungswechsel. Caillaux, der bisherige Finanzminister, hatte sich teilweise recht entgegen-

kommend gezeigt, als aber die Delegation wieder vor sprach, lehnte er die Verhandlungen als nutzlos ab, weil er ja aus dem Finanzministerium ausziehe. Es wird nun darauf ankommen, welchen Standpunkt Rouvier einnimmt. — Zwischen hat, wie Wolffs Telegraphenbureau meldet, eine Unterhandlung mit dem neuen Finanzminister stattgefunden, und zwar hat sie zu dem erfreulichen Resultat geführt, daß die Arbeiter am Mittwoch die Arbeit wieder aufnehmen können. (Neb.) —

Die Tischlergehilfen Agrams haben ohne Arbeits-einstellung den Neuneinhalbstundentag durchgeführt. —

Bergarbeiter. Zum Kohlenarbeiterstreik in Pennsylvania wird berichtet, Senator Hanna ersuchte den Präsidenten Roosevelt, noch einen Versuch zur Beilegung des Kohlenstreiks zu machen. —

ac. Die Tischler und Wagenbauer von Carrara hatten am 12. Mai den Unternehmern Forderungen unterbreitet, nach langen Unterhandlungen haben die Unternehmer nunmehr die Organisation anerkannt und die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Danach erhalten dieselben eine geringe Lohnhöhung, und die Arbeitszeit ist herabgesetzt auf 8½ Stunden. —

Streikposten der Bauunternehmer. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes Cirkular:

Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten.
Rundschreiben Nr. 3. 1902. Berlin, den 5. Juni 1902.

Gehört Herr Kolleg!

Auf der Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeber-Bundes für das Baugeschäft zu Dresden ist f. B. beschlossen worden, durch ständige Kontrolloren feststellen zu lassen, ob Arbeiter aus Streikorten eingestellt worden sind.

In Befolgung dieses Beschlusses haben wir zwei Beamte mit der Kontrolle beauftragt und bitten wiederholt, diesen Herren die zu einer wirksamen Kontrolle erforderliche Unterstützung zu gewähren und Ihre Personal entsprechend anzuweisen. Die Beamten sind mit schriftlicher Vollmacht versehen und nur nach Vorzeigung dieser Vollmacht zur Kontrolle zugelassen. Da sich die Kontrolle auf Stichproben beschränken muß, bitten wir ferner die Listen streikender genau zu beachten und aus Streikorten stammende Arbeitnehmer nicht einzustellen beziehungsweise eingestellte wieder zu entlassen.

Die Maurer streiken in: Potsdam, Nowawes-Neuendorf, Werder, Brandenburg, Zielentz, Luckenwalde, Kyritz, Nauen, Segel, Neustadt an der Dosse, Neustadt a. S., Piel, Gaarden, Stolmar, Schönebeck, Schlawe und Gollnow i. P., Maltzin und Köbel i. M., Maltzow i. M., Jena, Wittenberg, Hamburg, Magdeburg.

Die Zimmerer streiken in: Kiel, Gaarden, Goldberg und Maltzin i. M., Sonneberg i. Th., Oranienburg, Braunschweig, Koblenz, Hamburg.

Die Bauarbeiter streiken in: Potsdam, Dömitz i. M., Neumünster, Schönebeck, Groß-Salze, Frohse, Felsellen.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand des Verbandes,
Hr. Bahl, Heuer.

Die einfache Vererbung der schwarzen Gellen scheint den gewünschten Erfolg nicht zu haben. Deshalb werden den Unternehmern die Kontrolloren auf den Hals geschickt, um mit sanftem Druck nachzuhelfen. Wenn Arbeiter ja etwas thun würden, dann gäbe es ein allgemeines Geschrei über Terrorismus.

ac. Ein Verband der italienischen Eisenbahn-beamten, umfassend sowohl die technischen wie die Verwaltungsbeamten, ist kürzlich in Florenz gegründet worden. Der Kongress nahm die vorliegenden Statuten an und beschloß, sich dem italienischen Gewerkschaftsbunde anzuschließen. Annahme fand eine Resolution zu Gunsten der von dem Zugpersonal geführten Bewegung zur Herbeiführung eines Ruhegehes. —

Die Reorganisation des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, wie sie vom Osterkongress in Bern beschlossen worden, ist in der Urabstimmung mit 6122 gegen 4046 Stimmen verworfen worden, so daß e' (vorläufig) beim bisherigen Zustande bleibt. —

in München auch, das war halt Theater schlechthin. Nicht etwa, daß ihr das Stück mißfallen hätte, nein, im Gegenteil! das leidenschaftliche Pathos, die bildreiche Sprache, die starken, theatralischen Effekte, besonders der bewegten Massen-szenen imponierten ihr ganz gewaltig. Aber es ging ihr doch nicht so ans Herz, wie dort in Grillparzers grotesk-heiterem Märchenpiel. Sie konnte sich ganz gut vorstellen, daß auch sie im prächtigen Kostüm da oben herummagierte und mit langbeslem Organ die Luft erschütterte. Sie hatte ebenso kräftige Umgen, wie alle diese Herren und Damen. Aber sie sah nirgends den Schauspieler hinter der vom Dichter geschaffenen Gestalt verschwinden, sie konnte sich nicht so klein, so elend in ihrem Nichts empfinden, wie jenen andern Leistungen gegenüber. Und sie ahnte ganz richtig, daß dies wohl der wahre Prämie sei, mit dem der geberene Künstler die Gestaltungsarbeit eines andern zu ermessen vermöge. Auch wenn ihr nicht ihr eigenes Gefühl gesagt hätte, daß Fräulein Amanda Orjes von all den unnatürlichen Mimen da oben die unnatürlichste sei, so würden die höhnischen Bemerkungen ihrer Nachbarin, die sie in der Zwischenakten erlauchtete, sie darauf gestoßen haben.

„Die Orjes singt heute wieder die schändlichen Operarien!“ sagte eine junge Dame vor ihr, wahrheitsgemäß eine jüngere Kollegin, zu ihrem Nachbar, einem schwarzlockigen jungen Herrn mit sehr hoher Stirn und rassistig gebogener Nase.

Und der erwiderte noch schärfer: „Sagen Sie lieber, sie jauchzt wie ein Hahnen bei Vollmond.“

„Ja, ja, die Jugend allein thut es freilich nicht,“ pflichtete ein älterer Herr bei, der sich in selbstbewußter Pose an die Prüfung der Parkettloge lehnte. „Es wäre wirklich höchste Zeit, daß sie sich in ein Kloster zurückzöge oder ein Mädchenpensionat eröffniete. Es ist nur schade um ihre schönen Arme und ihre pompösen Schultern. Sei sie denn noch kein Bildhauer ausgehauen, diese — monumentale Geisteslosigkeit!“

Die ganze Parkettloge kicherte und der höchste Aus-

spruch des hervorragenden Kritikers wurde sofort eifrig weitergetragen. —

Friedrich, der Diener der Majorin, erwartete nach Schluß der Vorstellung Lizzi am Ausgang des Theaters, schritt, in seinem langen erbsengelben Leberzieher sehr bedeutend und vertrauensvoll aussehend, in angemessener Entfernung hinter ihr drein, begleitete sie in der Pferdebahn bis zum Potsdamerplatz und von dort zu Fuß nach Hause. Sie hütelte sich natürlich, ihrer mütterlichen Freundin von den Vorseiten zu berichten, die sie über ihre bewunderte Amanda vernommen hatte, und die Majorin schob ihre Gültigkeit, ohne sich weiter Gedanken zu machen, auf ihre große Ergriffenheit und kindliche Zurückhaltung.

Lizzi schloß schlecht in dieser Nacht und beschloß, trotz der geheimen Angst, die sie im Grunde vor Fräulein Grönroos hatte, doch diese Bekanntschaft weiter zu pflegen und mit ihr, so oft es irgend anging, das Deutsche Theater zu besuchen, sei es auch nur auf einem Stehplatz der Galerie.

Am andern Tage hatte sie die erste Unterrichtsstunde bei Fräulein Orjes. Sie blieben bei der Jungfrau von Orleans. Lizzi mußte ein Stück lesen, dann wies ihr die Lehrerin alle ihre Fehler in der Aussprache nach, las ihr das selbe Stück richtig vor und ließ es so lange wiederholen, bis sie zufrieden war. Die Sache war ungefähr so interessant, wie die ersten Klavierübungen und eine starke Probe für Lizzis Geduld. Ihr musikalisches Ohr und ihre angeborene Nachahmungsgabe machten es ihr aber leicht, die Lehrerin zufrieden zu stellen und sie nahm sich vor, durch Aufmerksamkeit und guten Willen die langweilige Sprachreinigungskur nach Möglichkeit abzukürzen.

Zwar hatte sie diese erste Stunde hindurch mit heiligen Entzücken den Offenbarungen der berühmten Priesterin gelauscht, jene Herzklößen, jene leichten Schwindelanfälle zu erdulden gehabt, welche empfindliche Naturen unter dem Eindruck einer neuen und bedauerungsvollen Situation freiz zu befallener pflegen, aber es lag durchaus nicht in ihrem Wesen, sich durch die Schau vor irgend welcher Autorität einen Saß über den

Kopf ziehen zu lassen, wie es der Herdenmenschen ohne Widerstreben duldet. Ein junger Mann, der sich zum erstenmal hat rasieren lassen, mag ungefähr mit denselben Gefühlen den Barbierladen verlassen, wie Lizzi, als sie, von ihrem erbsengelben Sicherheitswächter gefolgt, aus ihrer ersten dramatischen Unterrichtsstunde heimging. Die Empfindung des Stolzes über den Eintritt in einen neuen, wichtigen Lebensabschnitt vermischte sich unbehaglich mit dem Bewußtsein, eine etwas komische Rolle gespielt zu haben.

Um sich von dieser Verstimmung zu befreien, versiel Lizzi auf ein drastisches Mittel. Die Majorin war ausgegangen und da benutzte sie die gute Gelegenheit, ihrem brüderlichen Arbeiter Rudi einen Wären aufzubinden. Sie erzählte dem guten Jungen Wunderdinge von ihrer ersten Lektion. Fräulein Amanda habe ihr eine kupferne Blumenvase als Helm auf den Kopf gestülpt und einen eisernen Denshirm als Schild in die Hand gegeben, um sie in die rechte Begeisterung zu versetzen. Die sieben Stagen hätten alle in einer Reihe auf dem Sofa gelesen und zugehört — damit sie sich an das Publikum gewöhnen sollte. Und als Rudi, der all den Uninn glaubte, sie hat ihm doch einmal vorzumachen, was sie gelernt habe, da deklamierte sie ihm Johanna's Abschied vor, getreulich im Stile ihrer Lehrerin, dessen komische Eigenheiten sie schon nach der einen Probe von gestern abend ganz richtig erfaßt hatte — nur ins Groteske übertrieben, selbstverständlich.

Der Spaß gelang um so besser, als der unschuldige Rudi ihn gar nicht merkte, sondern alles für blutigen Ernst nahm. Er war so erschüttert durch Lizzis Kraftentfaltung, daß er am Schluß ganz überwältigt vor ihr niederkniete und um die Erlaubnis bat, der erste sein zu dürfen, welcher der großen Künstlerin durch Handkuß seine Guldigung erwies.

In der lateinischen Stunde des nächsten Vormittags erlebte aber der junge Künstler in Folge mangelhafter Ciceropräparation einen böartigen Hineinfall.

(Fortsetzung folgt.)

Der vierte Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wird vom 20. Juni bis 2. Juli in München abgehalten. Dem Kongress schließt sich ein Delegiertentag des christlichen Gewerkschaftsartikels für Bayern und der Verbandstag des christlichsozialen Verbandes der nicht gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands an.

Das Ende des Stuttgarter Straßenbahnerstreiks.

Die brutale Gewalt der klingenden Millionen hat wieder einmal über das menschliche Empfinden, ja auch über das gesetzliche Recht triumphiert. Nachdem alle Vermittlungsversuche des Gewerberichters, des Oberbürgermeisters und des Ministers des Innern an dem Starrsinn der Direktion gescheitert waren, setzten Bevölkerung und Ausständige ihre letzte Hoffnung auf den Entschluß des von der Stadt Stuttgart angerufenen Amtsgerichtes. Die Stadtverwaltung beantragte, das Amtsgericht wolle beschließen, daß die Stadt die Straßenbahn in eigene Regie zu übernehmen habe, da die Straßenbahndirektion den mit der Stadt abgeschlossenen Konzeptionsvertrag nicht gehalten habe. Der Vertragsbruch wurde in der Betriebsbeziehung erblickt, die nach Entscheidungen des Reichsgerichtes mit dem Streik nicht genügend begründet ist. Das Amtsgericht beschloß — wie wir gestern meldeten — diesen Antrag abzulehnen.

Da die Direktion auch durch die am Freitag ergangene Polizeiverfügung, daß der Betrieb in den folgenden 7 Tagen zwischen 12 und 2 Uhr mittags, von 6 Uhr ab abends und am heutigen Sonntage den ganzen Tag zu ruhen habe, sich zum Nachgeben nicht bestimmen ließ, vielmehr immer neue Streikbrecher anwarb und einübte, hatten sich die Ausständigen zu fragen, ob noch die geringste Aussicht auf einen Erfolg gegeben sei. Die Antwort mußte unter den gegebenen Verhältnissen verneinend ausfallen.

Es ist das erste Mal gewesen, daß in Deutschland eine Regierung in einem Lohnkampfe den Streikenden Recht gegeben hat. Der Minister des Innern hat in der eindringlichsten Weise die Direktion zur Gewährung des Koalitionsrechtes zu bewegen versucht; aber auch seine Vorschläge sind trotzig abgelehnt worden, und zwischen dem Vertreter der Straßenbahngesellschaft und dem Ministerialdirektor Mosthaf ist es zu den heftigsten Szenen gekommen. An Protesten der Scharfmacherpresse wird es in den nächsten Tagen wohl nicht fehlen. Wenn aber die Regierung aus diesem Kampfe etwas gelernt hat, so möge es die Erkenntnis sein, daß das heutige Koalitionsrecht ein Scheinrecht ist. Erst dann wird es besser werden, wenn derjenige Unternehmer hart bestraft wird, der „seine Arbeiter“ an der Wahrnehmung des Koalitionsrechtes zu hindern trachtet!

Unser Stuttgarter Parteiblatt bemerkt: „Soll dem Rechtsgefühl der Massen Genüge geschehen, so darf der Kampf nicht als abgeschlossen gelten, sondern er muß fortgesetzt werden bis zur Erlangung einer Koalitionsfreiheit, die von keiner Geldmacht zu nichte zu machen ist. Will die württembergische Regierung zeigen, daß sie aus einem wirtschaftlichen Kampf, an dem sie selbst lebhaft Anteil genommen, nützliche Lehren zu ziehen vermag, so mag sie zu ihrem Teil mit dazu beitragen, daß der Arbeiterklasse ihr Recht wird.“

Nicht nur die „würtembergische“, sondern auch die Reichsregierung muß auf ihre Pflicht hingewiesen werden, das Koalitionsrecht endlich zu sichern; aber freilich — zum Reiche gehört auch Preußen und da riskiert man nur allzu leicht, „nach Maßgabe seiner Beteiligung am Streik“ bestraft zu werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Juni 1902.

Ortskrankenkassen und Wohnungsinspektion.

Der Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Straßburg i. E. hat auch nach dem Vorgehen der hiesigen Allgemeinen und Kaufmännischen Ortskrankenkasse und der Berliner Kaufmännischen Ortskrankenkasse sich mit der Konstatierung der Wohnungsverhältnisse der dortigen Klassenmitglieder beschäftigt; derselbe konstatiert dieselben häuslichen und wohnlichen Mängeln der Arbeiterbevölkerung; die allseitig Beachtung erfahren. So schreiben neuerdings die „Straßburger Neuesten Nachrichten“, ein sogenanntes parteiloses Blatt, in einem Berichte über die Sitzung der Wohnungskommission: „Die Ortskrankenkasse soll er sucht werden die nur augedeuteten Fälle der Wohnungskommission beziehungsweise der Abteilung 3 zur weiteren Veranlassung genauer mitzuteilen. Ferner sollen diese Geschäftsberichte jedem Mitgliede der Wohnungskommission zugehört werden.“ Und wie der Vorstand der Straßburger Ortskrankenkassen der „Krankenkassen-Zeitung“ mitteilt, hat die Krankenkasse bereits das bezügliche Material der Wohnungskommission zur Verfügung gestellt.

Wir wünschen, daß in derselben Weise sich die hiesige Gesundheits-Kommission, zu welcher unserer Kenntnis nach der Genosse Stadtverordnete Brandes, der gleichzeitig Vorsitzender der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse ist, gehört, mit den Ergebnissen der Wohnungsaufnahme der Mitglieder der hiesigen Allgemeinen und Kaufmännischen Ortskrankenkasse befassen würde. Sollen die Arbeiten nicht einen rein theoretischen Zweck haben, so muß darauf geachtet werden, daß seitens der Behörden auf Grund der mitgeteilten Ergebnisse, die für die genannten Klassen fortgesetzt werden, eingegriffen wird. Hier liegt gerade für die Gesundheitskommission ein Gebiet offen, auf welchem sie sich in sozialpolitisch-praktischer Weise voll und ganz betätigen kann.

Gewerkschaftsartikell. Die nächste Sitzung des Gewerkschaftsartikels am Donnerstag, den 12. Juni, befaßt sich mit den von den Gewerkschaften zur Errichtung des Gewerkschaftsbureaus erteilten Antworten.

Die Tarifkommission der Buchdrucker in unserer Stadt eine gedruckte Aufforderung geschickt, nur bei solchen Firmen Bestellungen zu machen, welche den deutschen Buchdruckerartikell beim Tarifamt für Deutschlands Buchdrucker in Berlin unter schriftlich anerkannt haben. Soweit uns nahestehende Personen, Korporationen und Vereine in Frage kommen, ist die Erfüllung dieses berechtigten Verlangens so selbstverständlich, daß es einer besonderen Ermahnung wohl nicht bedarf.

Der Verlag der „Sachschau“ hat sich jetzt endlich bereit erklärt, den deutschen Buchdruckerartikell anzuerkennen. Als die Druckerei von J. A. H. A. S. in Ansehung ihrer städtischen Lieferungen gezwungen wurde, den Tarif innezuhalten, sagte der antisemitische Druckereibesitzer Herr Otto Kienzler: „Mich kann ja niemand zwingen.“ Jetzt hat dieser Feind des „jüdischen Mammonismus“ sich doch den Weisungen der öffentlichen Meinung fügen müssen, obwohl er sich insolge des ihm innewohnenden an die Praxis der Vrsenleute erinnernden Handelstriebes sehr energisch dagegen gestraubt hatte.

Herr v. Köller und die „Neuesten Nachrichten“. Die letzte burleske Rede des Herrn v. Köller im Reichstage hat allgemein amüsiert; sie ähnelte so sehr den Meinungsäußerungen der Herren v. Massow und Graf Pückler, daß die triumphierende Binde über solche Art der Bekämpfung mit Recht erkreut war. Indes das „parteilose“ Blattlein des Herrn Stein weiß mehr; es behauptet kühnlich, Herr v. Köller habe „der sozialdemokratischen Hebräer Vebels vollständig den Garau gemacht“. Objektiv berichten die braven „Neuesten“ von der langen Rede Vebels ganze 17 Zeilen, so daß die Leser dieser Zeitung ein völlig falsches Bild von der Verhandlung erhalten. Wir verstehen es, daß Herr Stein und die ihm dienstbare Redaktion an dem jüngerlichen Schneid des Herrn v. Köller Gefallen findet, da Herr Stein schon vor Jahren im Bürgerverein für „die Rechte des Adels“ eine Lanze brach. Hat er es doch selbst nicht unter einem adeligen Chefredakteur für sein Blatt gethan! Die Vorliebe des Herrn Stein für die ihm nahestehenden Sportkreise dürfte es bedingen, daß dieser „Unparteiliche“ für seine „aristokratische“ Gesinnung demnächst selbst in den Adelsstand erhoben dürfte.

Eine neue Innung. Kaum daß sich die alte Schmiedezwangsinnung aufgelöst hat, sind die früheren Mitglieder derselben wieder zusammengetreten und haben im Beisein des Herrn Stadtrat Lüddeckens am Sonntag die Gründung einer sog. freien Innung beschlossen. Einer rapiden Entwicklung des Schmiedehandwerks sind nunmehr die Wege geebnet.

Zur Sonntagruhe im Handelsgewerbe hat der „Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband“ eine erneute Eingabe an die städtischen Körperschaften gerichtet. Man wird abzuwarten haben, ob diese „nationalen“ Proletarier des Kaufmannsstandes wieder von denjenigen Gruppen in der Stadtvertretung verraten werden, welche ihnen politisch nahestehen.

Die Aktiengesellschaft für Grunderwerb besitzt nördlich der Obenstedterstraße mehrere Grundstücke, welche von der Friesen- und der Spielhagenstraße geschnitten werden. Sie beabsichtigt, diese Grundstücke der Bebauung zu erschließen und hat daher beantragt, die Straßen innerhalb ihrer Grundstücke anzulegen und die Bebauung zu genehmigen. Der Magistrat hat mit der Gesellschaft bereits die Bedingungen vereinbart, unter denen die Stadt die Genehmigung — vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung — erteilen wird.

Pflücken von Wald- und Feldblumen kein Diebstahl. Die schon oft aufgeworfene Frage, ob das Abpflücken von Blumen im Walde oder auf unbestelltem Felde als Diebstahl im Sinne des Feld- und Forstdiebstahlsgegesetzes zu bestrafen ist, hat jetzt das Gericht verneint. Zwei Damen, welche in einer königlichen Waldung in der Nähe Berlins spazieren gingen und bei dieser Gelegenheit Wald- und Feldblumen pflückten und diese zu Straußchen banden, wurden von dem Förster des Reviers hierbei betroffen und zur Anzeige gebracht. Gegen die beiden Damen wurde Anklage wegen Felddiebstahls erhoben. Das zuständige Gericht sprach die Angeklagten jedoch frei, indem es begründend ausführte, daß das Pflücken von Blumen einem alten Herkommen entspreche und der dadurch verursachte Schaden zu geringfügig sei, um eine Bestrafung zu rechtfertigen. — Werden indessen Blumen zum Zwecke des Verkaufens gepflückt, so liegt strafbarer Forstdiebstahl vor.

Die Verpachtung des Sportplatzes. Durch Vertrag vom 24. Mai 1897 hat der Rentner Hermann Schäfer hier von einem an der Berliner Chaussee gelegenen städtischen Grundstücke einen Teil zur Anlage eines Rad-Platzes und Sportplatzes auf die 12 Jahre vom 1. April 1897 bis dahin 1909 gegen Zahlung eines jährlichen Pachtzinses von 40 Mark für 25 Ar in den ersten 6 Jahren oder 302,69 Mark und in den zweiten 6 Jahren von 80 Mark für 25 Ar oder 605,38 Mark gepachtet. Er hat jetzt bei dem Magistrat um die Genehmigung nachgesucht, daß an seine Stelle als Pächter eine Genossenschaft, bestehend aus den 4 Herren, Christian Habedank, Karl Schulzschenk, Rudolf Pietsch und Hermann Prell, in den Pachtvertrag eintritt. Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen der neuen Pächter hat er selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen. — Der Magistrat hat die Bedingung gestellt, daß die neuen Pächter, wie es die Firma Dehke u. Berger hinsichtlich des jüdisch angrenzenden städtischen Grundstücks gethan hat, einen 4,5 Meter breiten Streifen zur Verbreiterung des östlich anstehenden Triftweges an die Stadt zu deren Verfügung zurückgeben. Die Verbreiterung wird notwendig, sobald der jetzt an der Herrenstrug-Chaussee endende Nordbrückenzug unter Benutzung des Triftweges an die Berliner Chaussee angegeschlossen wird. Die neuen Pächter haben sich dazu bereit erklärt, wenn ihnen als Beitrag zu den Kosten der wegen der Landrückgabe erforderlich werdenden Verjüngung der Einzäunung ein Betrag von 300 Mark gezahlt wird. Die städtische Bauverwaltung hat die geforderte Summe für angemessen erachtet.

Am Klostergraben (Straße F) erfordert die Errichtung von Wohnhäusern seitens des hiesigen Bau- und Sparvereins ihre Pflasterung vom Fernerlebenwege ab

bis zum Verbindungswege. Die Straße erhält eine Breite von 20 Meter, von welchen auf die Bürgersteige je 6 Meter und auf den Fahrweg 8 Meter entfallen. Der Fahrweg wird mit kostierten Steinen 1. Klasse gepflastert und gegen die Bürgersteige durch Granitbordsteine abgegrenzt. Die Bürgersteige erhalten eine Befestigung von Bodenschale und Behm und vor den bebauten Grundstücken einen 8 Meter breiten Mosaikpflasterstreifen. Die Ausführungskosten betragen 55 000 Mark.

Die Branereistraße soll jetzt endlich mit kostiertem Pflaster versehen werden, welche das schlechte Kopfsteinpflaster zu ersetzen bestimmt ist. Der Magistrat beantragt zu diesem Zweck 18 000 Mark zu bewilligen.

Städtisches Museum. Herr Carl Hamböhr hat den kunstgewerblichen Sammlungen des Museums ein außerordentlich wertvolles Geschenk gemacht: eine stattliche Gruppe erlesener Seidenstickereien chinesischer Herkunft. Die Kollektion umfaßt einen langen reifen Tschirbhang, der in einem vornehmen chinesischen Hause den Eingang zum Saal verdeckte und der aus allerfeinsten mit feinsten Stickereien verziert ist. Ferner drei wunderbare Obergewänder (ein Priestergewand, ein Frauenkleid und ein Männergewand) mit Gold und lebhaft leuchtenden farbigen Seiden meisterhaft bestickt; sodann die blaue Decke eines Hausaltars nebst den dazu gehörigen Ueberzügen für zwei Kultusstühle und endlich eine für den Export gefertigte Goldstickerei auf roter Seide zur Verwendung für ein Kissen. Sämtliche Stickereien sind von hervorragender Schönheit. Da die Räume des jetzigen Museums eine Ausstellung der Schenkung inmitten der Textilsammlung nicht gestatten, muß mit ihrer Einordnung in die Sammlungen bis zur Fertigstellung des neuen Museumsbaues gewartet werden. Um aber schon jetzt den Freunden des Museums Gelegenheit zu geben, die prächtigen Stoffe und Gewänder zu bewundern, sind sie für einige Wochen in den Ausstellungsraum des Kunstvereins zur Schau gestellt.

Das erste Sommer-Volkskonzert am Montag abend im Reichschen Etablissement war außerordentlich zahlreich besucht. Leider mußte dasselbe der unglücklichen Witterung wegen im Saal, statt im Garten, abgehalten werden. Das gut eingespielte Orchester folgte würdig dem Taktstock des an Stelle des Herrn Krug-Walbe dirigierenden Konzertmeisters A. Thiele. Das sorgfältig zusammengestellte Programm wurde durch den Krönungsarsch aus der Oper „Der Prophet“ von Meyerbeer eingeleitet. Ihm folgte die jedem Konzertprogramm zur Binde gereichende und stets gern gehörte Ouvertüre zum „Tannhäuser“ von Wagner, der sich das Schubertische „Ave Maria“ und die ungarischen Tänze Nr. 5 und 6 von Brahms anschlossen. Die prächtigen Gardamelodien mußten da capo gespielt werden. Zur vollen Entfaltung seines Könnens gab dem Orchester im zweiten Teil die symphonische Dichtung „Tasso“ von Bizet Gelegenheit, die von Herrn Thiele brav in ihren Feinheiten heraus gebracht wurde. Die „Mebianon“ von Bach wurde ebenfalls da capo verlangt und auch gespielt. „Künstlerleben“, Walzer von Strauß, und die wild wabernde Höhe des „Feuerzauber“ aus dem Musikdrama „Die Walküre“ bildeten den Schluß des zweiten Teils. Der dritte Teil bestand aus der Polonaise II von Bizet, dem schwermütigen „Am Meer“ von Schubert, dem sich gleichsam als Gegenstück Rubinschins „Toreador et Andalouse“ anschloß. Auch diese Piece wurde von dem gutwilligen Konzertmeister wiederholt. Den Schluß des genussreichen Abends bildete die Quadrille aus der Operette: „Mamsell Angot“ von Strauß und die Fantasia aus der Oper „Carmen“ von Bizet. Das Publikum erwies sich wie immer aufmerksam und dankbar.

Provinz und Umgegend.

Weyendorf, 8. Juni. (Eine Gemeindevortretzung) findet am Mittwoch, den 11. d. M., statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Ueberweisung des Sohnes der Frau Wiede, Schreiber nach dem Magdeburger Krankenhaus oder der Verweilanstalt in Halle, und der Antrag der Frau Otto wegen Befreiung des Lindenbaumes an ihrem Erbgräbnis auf dem Friedhof.

Dieser letztere Vorschlag ruft gewiß bei manchen Einwohnern großes Befremden hervor. Der Sachverhalt ist folgender: Den Hauptweg unteres Friedhofes bildet eine stattliche, von beiden Seiten angepflanzte Lindenallee. Der mangelhafte Pflege ist es wohl zuzuschreiben, daß der betr. Baum sehr emporgewachsen ist. In diesen Baum grenzt das vor kurzem erworbene Erbgräbnis der Wittschen Eheleute an. Der Baum behauptet nun seinen natürlichen Platz, und es wäre bei der Aufstellung der Einfriedigung des Erbgräbnisses ein leichtes gewesen, den Schuß des Baumes in Betracht zu ziehen, da seine schöne Krone das wieder gut macht, was seinem Stamme an Kunst fehlt. Dieses that man nicht; im Gegenteil hat man schon in den Baum ein Loch eingemauert, damit ja das Gitter vom Baum nicht lädiert wird. Da Frau Otto reichlich mit irdischen Gütern bedacht worden ist, wird sie jedenfalls auch noch die Reparaturkosten zur Umänderung des Gitters aufbringen können, aufart der Gemeinde zugumuten, um ihre willens eine prächtige Linde, welche zur Verschönerung des Friedhofes angepflanzt worden ist, in better Blüte zu erhalten.

br. Rothensee, 9. Juni. („Umsonst“ ist der Tod.) Als neulich ein schon seit längerer Zeit arbeitsunfähiger Arbeiter beerdigt werden sollte, wollte die Witwe des Verstorbenen erst auf einen Leichenwagen verzichten und die überflüssigen Reste ihres Gatten zum Friedhof tragen lassen. Als die arme Frau aber sah, daß sie von dieser Art des Transportes Abstand nehmen mußte, bestellte sie den Gemeindevorstand. Der Fuhrmann, welcher das Gespann dazu stellte, ließ jedoch vorher erst fragen, ob die Frau die Kosten von 4,50 Mark vorher bezahlen wollte, da er sonst nicht fahren könnte. Es wäre Pflicht der Gemeinde, derartige Kosten durch die Gesamtheit decken zu lassen.

Die Frau als überzeugte Bekennerin der evangelischen Religion hatte den Wunsch, daß der Pastor mitginge. Dieser Herr erklärte sich auch dazu bereit, die Erbsingung seiner frommen Worte der armen Frau zu teil werden zu lassen. In besonderer Opferwilligkeit war er sogar geneigt, im Hause der Witwe wie auch auf dem Friedhof je eine Predigt zu halten, meinte aber, das koste 4,75 Mark. Da dieser Preis der bemitleidenswerten armen Frau unerträglich war, mußte sie auf diese religiöse Tröstung Verzicht leisten; so viel Trost konnte sie nicht bezahlen.

Nunmehr erklärte sich der Geistliche bereit, auf dem Friedhofe 10 Kreuzen einige Gebete zu sprechen; hinterher kam jedoch der Gemeindevorstand, um außer den erheblichen Begräbniskosten noch 1,75 Mark für den Herrn Pastor als Honorar für die von ihm aus religiöser Inbrunst gesprochenen Gebete einzukassieren. Dieser Gemeindevorstand tritt offenbar für ein sehr — „praktisches“ Christentum ein.

Halberstadt, 9. Juni. (Die Stadtverordneten-Versammlung) bewilligte 100 Mark zur Entschädigung an den Landwirt Strathaus für eine Anzahl auf dem seitens der Stadt als Bau terrain angekauften Gartenteile stehende Obstbäume u. und 150 Mark zur Ausführung von Verbesserungen am Giebel des Hauses „Am Wasserwerk Nr. 5“.

Vermischte Nachrichten.

Ferner wurde für die Beschaffung eines selbstthätigen Thermometers für das Kühlhaus des Schlachthofes eine Summe von 150 Mark ausgesetzt.

Palberstadt, 9. Juni. (Eine öffentliche Wahlversammlung) findet am Donnerstag, den 12. d. M., im Restaurant von W. Volkmann, Bakenstraße, statt.

h. Palberstadt, 10. Juni. (Wie man Polizeibeamte behandelt.) Hier besteht die Vorschrift, daß Polizeibeamte auch an ihren freien Tagen zur Stelle sein müssen, wenn Feuer ausbricht.

Halle a. S., 9. Juni. (Die Verlegenheit der Bauunternehmer.) Ein seltsames Verlangen stellten die Bauunternehmer Ruhe und Willkür.

Halle a. S., 7. Juni. (Wieder mal aufgelöst.) Gestern Abend ist die Sitzung des Gewerkschafts-Kartells wieder einmal der polizeilichen Auflösung verfallen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei den Stadterordnetenwahlen in Erfurt, die während der vorigen Woche stattfanden, wurde in der dritten Abteilung ein bürgerlicher Kandidat gewählt.

„Veffere“ Jugend. In Cöthen wurden in der Nacht zum 5. Juni Figuren des dortigen Springbrunnens und die Marmorbüste Johann Sebastian Bachs mit roter bezw. grüner Delfarbe angestrichen.

Die vergeblichen Nieten. Eine überaus komische Scene erregte jüngst unter den Besuchern einer Berliner Vergnügungs-Wirtschaft große Heiterkeit.

Auch eine Geschäftsverweiterung. In der letzten Steglitzer Gemeinde-Vertreter-Sitzung gab nach Eröffnung der Sitzung der Vorsitzende, Bürgermeister Buhrow, einem Teil unserer Leser bekannt aus seiner Thätigkeit in Ufchersleben — Kenntnis von der Amtsniederlegung des Gemeindeverordneten Hugo Seydel.

Byzantinisches. Ein Dichter aus Vörrach in Baden, der sich bescheiden nur mit „E.“ unterzeichnet, veröffentlichte ein fliegendes Blatt mit einem Gedicht „zum fünfzigjährigen Regierungsjubiläum Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich“.

Der Mann verdient einen Orden — oben, unten, vorne, hinten, kreuz und quer.

Im Nonnenkloster. In der russischen Gouvernementsstadt Drel wurde eine Nonne des orthodoxen Frauenklosters unter dem Verdachte angehalten, etwas gestohlen zu haben.

Gerichts-zeitung. Landgericht Magdeburg. Sitzung vom 9. Juni 1902.

Gefährliche Körperverletzung. In der Nacht zum 26. Dezember 1901 kam es im Schirmerschen Lokale zu Hohendobelen zwischen dem Zimmermann Christian Schönfeld und den Steinsehern Robert Berheine und Richard Berheine einerseits und dem Steinseher Albert Reinhardt und Kanonier Gustav Reinhardt andererseits zu einer gegenseitigen Schlägerei.

Diebstahl. Der Arbeiter Ernst Dieter hier öffnete im März d. Jz. auf dem Güterbahnhof angeblich gemeinschaftlich mit einer nicht ermittelten Person die Briefkästen von zwei Firmen mit einem falschen Schlüssel und stahl daraus zwei Briefe, die er fälschlich mit dem Dittmingsvermerk verjah.

Freisprechung. Der Photographengehilfe Carl Mews aus Siegen a. d. Sieg wird in nichtöffentlicher Sitzung von der Anklage freigesprochen, die 17 Jahre alte Tochter eines Schauspielers entführt zu haben.

Kleidermarder. Der Former Wilhelm Wölke hier fiel am 10. März d. Jz. aus der Wohnung eines Handelsmanns ein Jackett und eine Weste und wird deswegen zusätzlich zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Bereine und Versammlungen.

Naturheilverein. „Brieftisch“ sprach am Donnerstag im „Blauen Gehir“ Herr R. L. über: „Kräftigung der Lunge durch Gymnastik“.

Der Kunstverein zu Magdeburg hielt am Sonnabend nachmittags 5 Uhr im Konferenzzimmer des städtischen Museums unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Schneider seine Hauptversammlung ab.

Bereins-Kalender.

Orchesterverein Neustadt. Jeden Mittwoch Probe (Blas- und Streichmusik) bei Friedrich Haberland, Morgenstraße 34.

Briefkasten.

K. S., Althalbenseben. Dr. E. Aufrecht, Geh. Sanitätsrat, Viktoriastraße 7.

Thale. Die Herrschaft hat leider das Recht, unter gewissen Verhältnissen das Gefinde sofort zu entlassen.

Marktberichte.

Magdeburg, 9. Juni. Weizen: Tendenz flau. Inländischer 163—167, ausländischer 169—172. Roggen: Tendenz matt.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Straußfurt, Erfurt, Weissenfels), date, and water level changes. Includes sub-sections for 'Milde', 'Fier, Eger, Woldan', 'Eibe', and 'Oder'.

Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr, Sitzung bei W. Vater, Knochenhauerstraße 27/28.

1200 Streikende zu verzeichnen waren. Von den 6 Streiks die im April zu Ende gingen, endeten 5 mit 511 Arbeitern zu Ungunsten derselben, für 219 Arbeiter endete der Streik günstig.

Großbritannien.

Die Schulvorlage und die Trade Unions.

Aus London wird der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben: Neben dem Hornzoll ist es die Schulvorlage, die gegenwärtig vom englischen Volk mit großem Eifer diskutiert wird. Kurz gefasst, hat sie folgende Bedeutung: Das Volksschul- und Mittelschulwesen ist in England stark dezentralisiert. Es ist ohne Einheitlichkeit, da es zum großen Teile der privaten Unternehmungskraft überlassen ist. So lange England sich in seiner Handelsvorherrschaft sicher fühlte, dachte man wenig daran, das Schulwesen zu reformieren. In den letzten Jahren hat sich dies bekanntlich geändert; man begann deshalb, dem Schulwesen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dann kam noch ein anderer Umstand hinzu. Die im Jahre 1870 geschaffene Schulkommission (School Boards), deren ein Teil des Volksschulwesens unterliegt, haben unter dem Einflusse des sozialistischen Gedankens die Volksschule so ausbauen wollen, daß auch dem Arbeiterkinder eine bessere Erziehung zu teil werden soll. Die Schulkommissionen sind direkt vom Volke gewählte Körperschaften und ihre Mitglieder sind meistens fortgeschrittene Männer und Frauen. Wie wir ferner wissen, hat in den letzten Jahren eine Reaktion im englischen Leben eingeleitet, und die herrschenden Klassen wurden mit den Schulkommissionen unzufrieden. Diese beiden Ursachen sind es, die die Regierung veranlassen, in der letzten parlamentarischen Session eine Schulvorlage einzubringen. Sie will das ganze Schulwesen unter die Herrschaft der Lokalbehörden bringen, wodurch die besonders gewählten Schulkommissionen beiseite würden; ferner will sie den konfessionellen Schulen, die bisher aus freiwilligen Mitteln unterhalten wurden, Gemeindegeldzuschüsse gewähren, ohne indes diese Schulen ganz der Kontrolle der Steuerzahler zu unterwerfen. Die Vorlage hat deshalb in liberalen und Arbeitertreuen viel Unzufriedenheit hervorgerufen. Denn diese waren mit Recht auf die Schulkommissionen stolz, ferner halten sie an dem gut demokratischen Grundsatz fest: No taxation without representation: keine Steuern ohne Volkskontrolle.

Dieser Unzufriedenheit gab eine gewerkschaftliche Konferenz Ausdruck, die kürzlich unter dem Vorsitz von Mr. Steadman, in London stattfand. An der Konferenz nahmen ungefähr 150 Delegierte teil, die folgende Resolution annahmen:

Die Konferenz verurteilt aufs entschiedenste die Schulpolitik der Regierung. Die Vertreter der englischen Arbeiterklasse sind der Ansicht, daß die Beteiligung der School Boards eine gefährliche Wirkung auf das Volksschulwesen haben und den Arbeitern die Vorteile nehmen wird, die sie von der direkten Vertretung an der Verwaltung der Schulen haben. Die Konferenz fordert deshalb die Regierung auf, die Schulvorlage zurückzuziehen.

Südafrika.

Eine Friedensbotschaft Bothas.

Der „Standard“ veröffentlicht eine vom 31. Mai datierte Botschaft Schalk Burgers und Bothas „an alle Offiziere, Beamte und Bürger, die bis zum heutigen Tage ihre Pflicht gegenüber dem Lande und dem Volke treu erfüllt“. Die Botschaft schließt mit den Worten: „Lasset uns nun einander die Hände reichen für den anderen großen Kampf, der vor uns liegt, für die geistige und soziale Wohlfahrt des Volkes, lasset uns allen bitteren Gefühlen entsagen und lasset uns vergessen und vergeben, auf daß die tiefen Wunden heilen mögen.“

Burenführer.

ac. Bennet Burleigh, der bekannte Kriegskorrespondent des „Daily Telegraph“, berichtet, daß eine Anzahl Buren generale die Absicht hätten, baldmöglichst besuchsweise nach England zu kommen. Der General Louis Botha äußerte sich ihm gegenüber dahin, die Burghers würden die Friedensbedingungen in der loyalsten Weise halten, aber es würde doch viel darauf ankommen, in welcher Weise die Engländer in den nächsten paar Monaten die Verwaltung der neuen Kolonie führen und ob sie imstande seien, die ehemaligen Republiken aufs neue einer gedeihlichen Entwicklung entgegenzuführen. In ähnlichem Sinne haben sich der Richter Herzog und der General Dewet ausgesprochen. — Die Transvaalgesandtschaft zu Brüssel wird demnächst dem dortigen englischen Gesandten den Treueid leisten.

Aus der Parteibewegung.

Wegen verleumderischer Beleidigung hat bekanntlich der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg, Genosse Rudolph, den Redakteur des freisinnigen „Frank. Kurier“ verklagt, weil das Blatt in einem angeblich aus sozialdemokratischen Kreisen stammenden Artikel hatte durchblicken lassen, daß Rudolph zu denen gehörte, die in den Nürnberger Parteitreitigkeiten für den „Kurier“ Artikel schrieben. Vor dem Sühne-Urteil gab der freisinnige Redakteur klein bei und willigte ein, folgende Erklärung abzugeben:

Wie bekannt, hat Herr Redakteur Rudolph, der erste Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Milobitz, sich durch einen Artikel beleidigt gefühlt, welcher in Nr. 261 des „Frankfurter Kurier“ als Zuschrift aus sozialdemokratischen Kreisen erschienen war. Er hatte darin den Vorwurf gefunden, daß er der Verfasser von sozialdemokratischen Einsendungen an den „Frankfurter Kurier“ gewesen sei. Wir erklären hiermit, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben zu der Annahme, daß Herr Rudolph der Verfasser derartiger Einsendungen gewesen sei, und daß es uns ferngelegen hat, eine derartige Behauptung aufzustellen. Wir bedauern, wenn durch die Fassung des Artikels der Anschein hervorgerufen worden ist, daß wir eine derartige Behauptung hätten aufstellen wollen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß vorstehende Erklärung in folgenden Blättern erscheint, welche sich auch mit dem ersten Artikel beschäftigt haben: „Frankfurter Zeitung“, „Frankfurter Kurier“, „Frankfurter Morgenzeitung“, Nürnberg; „Nordbayerische Zeitung“, Nürnberg; „Nürnberger Volkszeitung“, Nürnberg; „Nürnberger Anzeiger“, Nürnberg; „Freisinnige Zeitung“, Berlin; „Münchener Neueste Nachrichten“, Augsburg; „Augsburger Abendzeitung“, „Bayerischer Kurier“, München.

Max Bersten.

Wenn das Blatt nun die empfangene Lehre beherzigt und die altgewohnten Verdächtigungen einstellt, so hat sich Rudolph durch seine Klage ein Verdienst erworben.

Kritisches. Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich Genosse Bebel in der neuesten Nummer (35) der „Neuen Zeit“ mit der bayerischen Wählerreform und mit Schipells Reichstags-Handbuch. Zur ersten Frage giebt Bebel zuerst eine kurze Darstellung der Sachlage und tadelt dann scharf die Zustimmung unfruchtbarer bayerischer Landtagsfraktion zu der Resolution. Auch an dem Reichstags-Handbuch übt Bebel scharfe Kritik. Seine Ausstellungen be-

wegen sich in der Richtung, daß das Buch über die Thätigkeit unserer Partei nicht genügend unterrichte, während es Neben der Gegner, Motive zu Gesetzesvorlagen der Gegner vielfach in überflüssiger Ausführlichkeit gebe. Bebel führt eine ganze Anzahl Beispiele aus älterer und neuerer Zeit an, wo die Thätigkeit unserer Vertreter teils gar nicht erwähnt, teils zu kurz behandelt sei.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Juni 1902.

Achtung, Maurer!

Am Mittwoch, den 11. Juni, werden auf sämtlichen Bauten Fragebogen verteilt, um festzustellen, welcher Lohn auf jedem Bau gezahlt wird; ferner findet am Freitag, den 13. Juni im „Luisenpark“ eine Baudeputierten-Versammlung statt, in welcher jeder Baudeputierte, den Fragebogen ausgefüllt, zurückzugeben hat. Es ist Aufgabe der Kollegen, dafür zu sorgen, daß jede Arbeitsstelle am Freitag durch einen Deputierten vertreten ist.

— **Maurer als Streikbrecher gesucht.** In Nummer 120 dieser Zeitung befindet sich folgendes Inserat: Accord-Kolonie für ca. 6000 qm. Hochbauver-
vertrag einer Fabrikfassade sofort gesucht. Ganze Fläche zum größten Teile bereits besetzt. Offerten mit Preis unter S. 77 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Diese Arbeit soll in Genthin auf dem Neubau der Zuckerfabrik stattfinden, welcher von Hallenser Maurermeistern hergestellt wird. Es soll sich von hier eine Kolonie zu der Arbeit gemeldet haben, welche den Quadratmeter für 30 Pfg. herstellen will. Wie aber sämtliche hiesigen Maurern bekannt sein wird, ist in Genthin jede Accordarbeit abgeschafft.

Die hiesigen Kollegen werden sich nicht dazu gebrauchen lassen, dort die Accordarbeit wieder einzuführen; es wird unter diesen Umständen kein Verbandskollege auf diese Annonce hineinfallen, weil er sonst mit seiner Gewerkschaft in Konflikt kommen würde.

— **Ein Einbruchsdiebstahl** ist in der Nacht zum Montag in der Bahnhofschänke im Herrenkrug ausgeführt worden. Den Langfinger, welche unter Anwendung von Gewalt in den Pavillon eingedrungen waren, ist ein ganzer Posten Cigarren und Zigaretten sowie Spirituosen und Zuckerwaren in die Hände gefallen. Anscheinend handelt es sich um dieselben Spitzbuben, die in Biederitz und Umgegend in letzter Zeit mehrfach Einbrüche ausgeführt haben. Erwischt ist bis jetzt noch keiner.

— **Betriebsstörung.** Am Montag abend gegen 6 Uhr stürzte vor dem Hause Johannisbergstraße 16 das Pferd eines Kohlenwagens, der Firma Engel hier gehörig. Da das Tier, welches gerade zwischen den Straßenbahnschienen lag, sich nicht gleich aufzurichten vermochte, so sammelten sich oberhalb und unterhalb der Unfallstelle eine ganze Reihe von Straßenbahnwagen. Mit Hilfe vieler Personen wurde schließlich das abgeschirrte Pferd wieder auf die Weine gebracht, worauf der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte.

— **Wenn man in Gedanken ist.** Am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr ging eine Frau vom Lutherdenkmal her nach dem Alten Markt. Die Frau war so in Gedanken vertieft, daß sie gar nicht bemerkte, wie in scharfem Tempo ein Obiswagen aus der Gr. Junkerstraße herankam, um nach der Jakobsstraße zu fahren. Als die sinnende Wittib aber den Kopf des Pferdes plötzlich neben sich erblickte, erschrak sie so sehr, daß sie ihrer ganzen Länge nach zu Boden fiel. Glücklicherweise hat aber nur der Regenmantel und das Kleid der Dame sichtbare Folgen davon getragen!

Kleine Chronik.

Eine Revolte Strafgefangener.

Im Moabitler Zellengefängnis in Berlin fielen zehn Sträflinge wie auf ein verabredetes Zeichen über den Aufseher Neumann, der mit ihrer Beaufsichtigung beauftragt war, her, steckten ihm ein Tuch in den Mund, daß er nicht um Hilfe rufen konnte, banden ihm mit Handtüchern Hände und Füße und legten ihn dann in eine Ecke des Saales, wo er hilflos liegen bleiben mußte. Nun nahmen sie ihm die Schlüssel ab und schlofen die übrigen Gefangenen und Aufseher in ihren Sälen ein. Einer von ihnen, Namens Gabed, zerschritt zu gleicher Zeit die elektrische Aarmleitung, die nach der Hauptaufsicht führt und besonders für unvorhergesehene Zwischenfälle eingerichtet ist. Nachdem sich die Sträflinge auf diese Weise gegen Verfolgung gesichert hatten, verließen sie das Haus, schlofen mit einem Schlüssel des geknebelten Aufsehers eine Verabredung auf und holten eine lange Leiter heraus, die beim Laternenputzen gebraucht wird. Mit Hilfe dieser Leiter suchten sie zu flüchten; da die Leiter aber brach, gelang dieses nur dreien. Einer von ihnen, Namens Bloch, ist gefaßt. Die beiden anderen Sträflinge, die noch nicht ergriffen wurden, heißen Schmitz und Risch und sind ebenfalls Berliner.

„Jack der Aufschlicher.“

Am die gräßlichen Thaten des Frauenmörders von Whitechapel erinnert ein Verbrechen, das am Sonntag in London entdeckt wurde. Bei Wauhall fand man den zerstückelten Körper einer jungen Frauensperson. Der Kopf und Stücke vom Rumpf sind gekocht und gebacken, der Rest des Körpers scheint verbrannt worden zu sein. Die Jüge der Toten sind bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

Kleine Tageschronik. Im Prozeß Geyger-Klinger hat auf Anordnung Klingers Justizrat Dr. Woda aus Leipzig dem Vertreter Geygers neue Vergleichsvorschläge unterbreitet. — Ein Agent aus Kassel hat am Montag den Vorsitzenden des Gesangsvereins zu Harnuthsachen durch einen Messerstich getötet, weil ihm der Eintritt zu einer Festlichkeit des Vereins verweigert wurde. — In Petershagen bei Danzig fuhr vor dem alten Salvator-Kirchhof ein elektrischer Wagen in eine Gruppe Leuchtsträger, welche eine Leiche nach dem Friedhofe brachten. Der Metallstang stürzte auf vier Träger, die schwer verletzt wurden. Auch mehrere andere Personen erlitten Verletzungen. — Am Montag entgleiste ein Zug der Köln-Bonner Kreisbahn unmittelbar vor der Station Walberg. Von den Passagieren erlitt einer schwere Verletzungen, mehrere andere leichte Verletzungen. — Die Feier des Nikolaus-Durchzugs, der vor kurzem erfolgte, fand in dem festlich geschmückten Bergdorf Preda am Eingang des Tunnels in einer Höhe von 1800 Metern über dem Meere statt.

Gerichts-Beitrag.

Schwurgericht Halberstadt.

Sitzung vom 9. Juni 1902.

Brandstiftung. Die Ehefrau Minna Schild, nicht geborene Weinhold aus Minleben ist angeklagt, in der Nacht zum 22. Februar d. J. ein Gebäude, das zum Wohnen von Menschen dient und im Zusammenhange damit versicherte Gegenstände vorzüglich in Brand gesteckt zu haben. Im Jahre 1898 hatte sie neben dem Hause auch ihr Mobiliar gegen Brandschaden versichert. Infolge von Neuanfassungen erhöhte sie die Mobiliarversicherung am 20. Juli 1901, und zwar die Kleidungsstücke von 1000 auf 1300, die Wäsche von 450 auf 600 Mark, Leinwand und Drell auf 100 Mark, Kuchholz und Vieh auf 1500 Mark. Am Abend des 22. Februar war ihr Mann weggegangen, um sich an der Gründung eines Rauchelubs zu beteiligen. Weil ihr Mann am anderen Tage nach Halberstadt wollte, um von einer Schuld etwas abzuzahlen, die zu zahlende Summe aber nicht zusammenhatte, ging die Frau ebenfalls zu Nachbarsleuten, um ein Darlehen von 25 Mark zu holen. Als sie nach Hause kam, ging sie noch einmal in ihre parterre gelegene Wohnung, um einen Saugpfropfen für das Kind zu suchen. Zu diesem Zwecke hatte sie eine der Hängelampe die Lampe herausgenommen, angezündet und auf den Tisch gestellt. Nun ging sie nach ihrer eine Treppe höher gelegenen Schlafstube und legte sich schlafen. Als sie eine kurze Zeit geschlafen, wurde sie durch Lärm im Hause wach. Als sie unten ankam, sah sie, daß Mietsleute des Hauses und auch Nachbarn damit beschäftigt waren, in ihrer Wohnstube ein Feuer zu löschen. Die Verhandlung ergibt indes keinerlei Beweis. Der Staatsanwalt beantragt Verurteilung wegen Brandstiftung unter Jubilation mildernden Umständen, die Verteidiger Freisprechung. Die Geschworenen beirnen die Schuldfragen. Darauf stellt der Verteidiger den Antrag, die Kosten der Verteidigung und die persönlichen Ausgaben der Angeklagten der Staatskasse aufzuerlegen. Der Gerichtshof spricht die Angeklagte dem Spruch der Geschworenen gemäß frei, lehnt aber den Antrag des Verteidigers ab.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Paris, 10. Juni. Ein Redakteur des „Temps“ interviewte den Ministerpräsident Combes. Dieser erklärte, er werde sich keine Mühe geben, am Ruder zu bleiben, er werde nur abwarten, bis Waldeck-Rousseau sich erholt und die Regierung wieder übernehme werde; das Programm Waldeck-Rousseaus werde er energisch fortsetzen.

Frankfurt a. M., 10. Juni. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Paris: Die Beratung der Minister gestern abend verlief schnell und führte zur definitiven Festsetzung der Regierungserklärung. Der Justizminister Waldeck-Rousseau wohnte dem Kabinettsrat nicht bei. Er hatte um 6 Uhr eine 1/2 stündige Unterredung mit dem Generalstaatsanwalt Dulot über die Affaire Humbert.

London, 10. Juni. Wie die ministeriellen Blätter feststellen, sei es wenig wahrscheinlich, daß die Beratungen des Parlaments heute beendet werden, da die Liberalen beschlossen haben, eine heftige Opposition ins Werk zu setzen; sie werden zahlreiche Anträge auf die Tagesordnung bringen lassen, um hierdurch die Debatte in die Länge zu ziehen. Die Opposition beabsichtigt die Regierung zu veranlassen, möglichst schnell die versprochene Untersuchung über die Art und Weise, in welcher der Krieg geführt wurde, zu beginnen. Weiter stellen die Blätter fest, daß die Beschlüsse des Ausschusses, betreffend die Instruktion der Offiziere große Aufregung hervorgerufen haben und daß man sich auf sensationelle Debatten gefaßt machen müsse.

Washington, 10. Juni. Das Repräsentantenhaus hat den Gesetzentwurf gegen die Anarchisten angenommen, nach welchem Attentäter gegen fremde Gesandte und Ministern mit dem Tode bestraft werden.

Frankfurt a. M., 10. Juni. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus New-York meldet, wurde in Chicago Lutes-Hospital von einem Brandunglück heimgesucht. Viele Patienten sprangen aus den Fenstern. 15 Personen sind tot. — Einer „Sun“-Meldung zufolge fiel ein Regen von reinem Schwefel auf der Prinz Edward-Insel.

New-York, 10. Juni. Aus Kingston wird gemeldet, daß ein neuer Ausbruch des Solfriores erfolgt ist. Die ganze Insel war in eine dicke schwarze Wolke gehüllt. Die erneute Thätigkeit des Mont Pelee hält an, die Aufregung unter der Bevölkerung steigt immer mehr.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Vorbericht.)

Berlin, 10. Juni. Auf der Tagesordnung des deutschen Reichstages steht die zweite Lesung der Zuckersteuervorlage. Artikel 1 der Regierungsvorlage hebt die Vorschriften des Gesetzes vom Jahre 1896 bezüglich der Kontingentierung auf. Die Kommission hat die Kontingentierung wieder in etwas abgeänderter Form eingeführt. Der Abgeordnete Barth (freif. Vg.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Abg. Richter beantragt für den Fall der Ablehnung des Antrages Barth, auch den bis zum Jahre 1908 neu entstehenden Fabriken je nach ihrer technischen Leistungsfähigkeit ein Kontingent zu bewilligen. Präsident Graf Balkeström teilt mit, daß schon jetzt namentliche Abstimmung über Artikel 1 vorgezogen sei. Abg. Richter wendet sich in längerer Rede gegen die Kontingentierung.

Paris, 10. Juni. (Eig. Draht.) Der Gemeinderat nahm mit 36 gegen 19 Stimmen einen Antrag an, der die Trennung des Staates von der Kirche anspricht. Mit 36 gegen 21 Stimmen wurde der Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge die progressive Einkommensteuer einführen, die Eisenbahnen verstaatlichen das Kultusbudget aufheben und die Vertreterschaft beim Vatikan abschaffen. Außerdem wurde eine Tagesordnung angenommen, welche den Wunsch ausdrückt, durch ein Referendum über die Verweltlichung der kirchlichen Hospitäler abstimmen zu lassen.

Paris, 10. Juni. (Eig. Draht.) In Toulon ereignete sich heute ein erster Unfall. Auf bisher unauffällige Weise explodierte ein Geschütz bei dem Artilleriemannöver. Ein Mann ist tot, acht verwundet.

Paris, 10. Juni. (Eig. Draht.) Der Seinepräsekt Dupine soll durch den Präfekten Latand ersetzt werden. Letzterer hatte sich seiner Zeit um die Niederhaltung der algerischen antimilitarischen Agitation verdient gemacht.

Bekanntmachung!

Da eine Einigung betreffs freiwilligen früheren Ladenschlusses zwischen den Magdeburger Garderoben-Geschäften nicht zustande gekommen, teile ich meiner werten hiesigen und auswärtigen Kundschaft ergebenst mit, daß ich für die Sommermonate bis 15. September, ausser Sonnabends, um 8 1/2 Uhr schliesse und bitte ich, hiervon gefälligst Notiz zu nehmen.

3415

Hochachtungsvoll und ergebenst

Ehrenfried Finke

Konfektionshaus

125 Breiteweg 126.

Gratis

verlange man von jedem Kolporteur ein Bescheidnis von Meyers Volksbüchern. Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Anknüpfungsbüreau

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9-1 Uhr, nachm. 3 1/2-7 1/2 Uhr.
 St. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
 Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Diensthöfen, Schlichtungs- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

Unentgeltlich

Männliche Abteilung: Rathauskolonnenaden an der Johannisbergstraße
 Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.

Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
 Weibliche 10-1

Mieter-Bau- und Sparverein.

Eigetr. Genossenschaft mit beschr. Haftung.

1004

Bilanz am 31. Dezember 1901.

Activa		Passiva	
324 34	Kassenbestand		
8805 52	Sparfassenbuch Nr. 7207		
459 17	Verlust-Vortrag 1902		
9589 03			
	Eingezahlte Geschäftsanteile	9308 50	
	Eingezahlte Spareinlagen	280 53	
		9589 03	

Gewinn- und Verlustberechnung.

Einnahme		Ausgabe	
197 52	Zinsen		
288 50	Eintrittsgelder		
132 21	Sonstige Einnahmen		
459 17	Verlust-Vortrag pro 1902		
1077 30			
	Geschäfts- und sonstige Unkosten	1072 33	
	Zinsen für die Spareinlagen	5 07	
		1077 40	
	Mitgliedszahl am 1. Januar 1901	452	Haftsumme 13 560 Mk.
	Eingetreten bis 31. Dezember 1901	63	
	Summa	515	Haftsumme 15 450 Mk.
	Ausgetreten am 31. Dezember 1901	60	Haftsumme 1 800 Mk.
	Mitgliedsbestand am 1. Januar 1902	455	Haftsumme 13 650 Mk.
	Magdeburg, 30. Januar 1902.		
	Der Vorstand. Fr. Reijig. A. Pitt. Aug. Hoffmann.		
	Der Aufsichtsrat. Herm. Ehrlich. Hugo Hollmann.		

Jeder erhält Kredit

Gegen Abzahlung von 1 Mark wöchentlich an

Möbel und Polster-Waren
 Herren- und Knaben-Anzüge
 Damen-Jacketts- und Kragen
 Manufakturwaren
 Sport- und Kinderwagen

bei

27

S. Osswald

Alte Ulrichsstrasse 14, 1.

Manchester-Sammet

in allen Farben, unverwundlich in der Haltbarkeit, für Knaben zu 3352

Schulhosen

am besten geeignet.

G. Gehse

Johannisfahrstr. 14.

Möbel u. Polsterwaren etc.

sehr billig bei 3057
 Friedr. Schmidt, Tischlermstr.
 Budau, Schönebeckstr. 16.

Kaufe junge Kanarienhähne à 2,50, Weibchen à 30 Pf. fortwährend.
 J. Tischler, Annabr. 25.

Kur-Badeanstalt Neustadt

Lübkerstr. 103 (im Konsum)
 Sämtliche Heilbäder. 3413
 Wannenbäder in Einzelzell. 25 Pf.

Burg. Burg.

Privatimpfung
 jeden Dienstag nachmittag von 3 bis 4 Uhr.
 Dr. Radt.

Krankenkasse

der Tischler-Zwangs-Vereinung Magdeburg.

Vom heutigen Tage ab befindet sich unser Kassenlokal

Faflochsberg 5 p. bei A. Gorgas, Rentant.

Der Vorstand.

Küchenzettel
 der Magdeburger Volksküchen
 Hauptwache 5 und Neustadt,
 Schmidtstraße 61.
 Mittwoch: Kohlstrüben mit Schweinefleisch.

Victoria-Theater.
 Mittwoch, den 11. Juni:
 Gastspiel Maria Reichenhofer.
Die Kameliendame
 Schauspiel in 5 Akten v. A. Dumas.

Am Freitag morgen verstarb nach langem Leiden unsere liebe Mutter und Großmutter **Friederike Papendieck** geb. Hamann im 76. Lebensjahre, was wir hiermit allen Freunden, Verwandten und Bekannten anzeigen.
 Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag morgen 11 Uhr vor der Leichenhalle des Neustädter Friedhofs aus statt.

Todesfälle: Kanonier Wilh. Maue, 20 J. 7 M. 21 T. Elisabeth geb. Katschmann, Ehefrau des Dreh. Paul Gähler, 25 J. 6 M. 27 T. Friederike geb. Thomeyer, Ehefrau des Böttchers Gottfried Marchmann, 62 J. 3 M. 19 T. Klemper Rich. König, 29 J. 11 M. 17 T.

Neustadt, 9. Juni.
 Aufgebote: Biegeleierb. Gust. Bernhard Widzinski in Biederitz mit Bertha Schette geb. Conrad hier.
 Geburten: Emma, T. des Maurers Friedr. Nauendorf. Anna, T. des Jinn. August Schumann. Wilhelm, S. des Kutschers Wilhelm Behrends. Hans und Margarete, Zwillingkinder des Postkassiers David Böllhoff. Ernst, S. des Schmieds Gust. Bangemann. Luise, T. des Fabrikarbeiters Otto Müller. Erich, S. des Kaufmanns Emil Deckert.

Todesfälle: Ehefrau des Bahnarb. Adolf Schuchart, Marie geb. Udenhausen, 48 J. 4 M. 16 T. Wächter Ludwig Wohlenberg, 73 J. 11 M. 1 T.

Westerhüfen.
 Aufgebote: Dreh. Karl Friedrich Wilh. Schoppe hier mit Katharine Marie Minna Hartung in Klein-Mühlhagen.
Todesfälle: Margarete Anna Penny, T. des Arbeiters Robert Eise, 2 M. 23 T. Paul Gustav Hermann, S. des Schiffseign. Wilhelm Eins, 9 M. 14 T. Martha Eise, T. des Drehers Karl Schulze, 5 J. 6 M. 4 T.

Cracau.
 Geburten: Marie Gertrud, T. des Schlossers Wilhelm Müller in Prester. Emilie Martha Ida, T. des Hausdieners Paul Landien. Emma, T. des Arbeiters Heinrich Säkinger. Emma Erna, T. des Arbeiters Paul Flachhaar. Ernst Otto Rudolf, S. des Tischl. Wilh. Krumbholz. Otto Willy u. Auguste Erna, Zwillinge, unehel.

Todesfälle: Dienstknecht Wilhelm Eise, 48 J. 4 M. 12 T. Anstaltsinsassin Marie Richter geb. Wiedemann, 68 J. 2 M. 28 T.

Afcherleben.
 Eheschließungen: Bandtechniker Ernst Hübner in Magdeburg-Eubenburg mit Katharina Heise. Eisenbrecher Karl Scherling mit Martha Wüsch. Arbeiter Gustav Bergman mit Ida Walter. Kutscher Hermann Koch mit Selma Hecht. Monteur Johann Müller mit Wilhelmine Pollin.
 Geburten: S. des Kaufmanns Theobald Bertowski. S. des Arb. Karl Friede.

Burg, 7. Juni.
 Eheschließungen: Arbeiter Moritz Friedr. Breckau mit Selma Friederike Auguste Meyer. Knecht Franz Friedrich Gustav Boldt mit Franziska Elwine Fritzer in Blumenhof II.
Todesfälle: Erich, S. des Hand Schuhbrel, urs Robert Ulrich, 7 M. Klara, T. des Heizers Aug. Zimpermann, 4 J. Martha, T. des Zimmermanns Hermann Gorges, 14 J. Ella, T. des Schuhmachers Albert Wolsklämpf, 5 M. Minna Elie, T. des Weißgerbers Otto Wadewitz, 5 M.

Halberstadt.
 Vom 4. bis 6. Juni.
 Aufgebote: Cigarrenfabrikant Ranillo Richter mit Minna Köster. Bergarbeiter Fernu. Schmidtmeier mit Minna Auguste Johanne Köhl in Klein-Deleben. Kaufmann Leo Schlohaner in Berlin mit Ida Rothenberg hier.
 Eheschließung: Sergeant Reinb. John mit Hedwig Lönitzg.

Geburten: T. des Tiefbau-Unternehmers Wilhelm Wuthnow. S. des Fleischermeisters Albert Röbbelge. T. des Tischlers Emanuel Dammas. T. des Schlossers Ernst Niefe. S. des Arbeiters Hermann Müller.
Todesfälle: Fritz Köster, 10 M. 26 T. Hilfsbremser Ludwig Müller, 64 J. 2 M. 25 T. Ehefrau des Tapezierers und Dekor. Adolf Lingner, Luise geb. Gebel, 39 J. 11 M. 20 T.

Totgeburten: S. des Arb. Karl Meyer. T. des Tapezierers und Dekorateurs Adolf Lingner.

Schönebeck.
 Eheschließung: Böttchermeister Albert Koenig mit Dora Schulze.
 Geburten: Walter, S. des Fabrikarb. Albert Friedrich. Gerhild, S. des Lehrers Max Wolterstorff. Helene, unehel. in Groß-Salz.
 Rudolf, S. des Fabrikarb. Otto Vierstedt.
Todesfälle: Ernst, S. des Arbeiters Heinrich Schönan, 2 M. 27 T.

Budau, 9. Juni.
 Geburten: Otto, S. des Arbeiters Franz Schmidt gen. Pitt. Gustav und Walter, Zwillingkinder des Hilfsbremsers Gustav Zimmertrotz.